



Steuerboykott

„Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“

von Rico Albrecht

Grundgesetz, Artikel 20

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) **Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.** Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) **Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

Diesen Text gibt es auch als **Hörbuch** unter:

www.wissensmanufaktur.net/steuerboykott

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland steht in Artikel 20 Absatz 2: *„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“* – In Absatz 4 steht des Weiteren: *„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“*

Gegen Absatz 2 wird permanent verstoßen, denn die Staatsgewalt geht nicht wie vorgesehen vom Volke aus, sondern von Banken, Konzernen, Medien und Politikern, die ihre gemeinsamen Interessen gegen den Willen des Volkes durchsetzen. Ihre Autorität über das Leben der Menschen wächst dank der Struktur des Geldsystems immer weiter, während der Staat systematisch immer tiefer in die Schuldenfalle getrieben wird.

Die produktiv arbeitenden Menschen müssen durch permanent steigende Steuern und Abgaben immer mehr Zinsen, Pensionen, Diäten, Provisionen und Boni für Andere erwirtschaften. Hunderte Milliarden Euro werden dem deutschen Steuerzahler derzeit *„alternativlos“* durch *„systemrelevante“* Banken gestohlen. Die meisten Politiker und Journalisten handeln dabei nur wie Marionetten des Mammons. Sie beschließen die Gesetze und erzeugen die Meinungen, für die sie bezahlt werden.

Die Regierung verschenkt das Geld der Bürger und enteignet das Volk. „*Staatsverschuldung*“, Zinsen und Steuern steigen systembedingt immer schneller an und überschreiten derzeit die Grenzen dessen, was in einem Rechtsstaat durchsetzbar wäre. Nun werden die Grundrechte und die verfassungsmäßige Ordnung Schritt für Schritt beseitigt.

- Überwachung der Telekommunikation
- Einschränkung der Meinungsfreiheit
- Behinderung der informationellen Selbstbestimmung
- BKA-Gesetz
- Lissabon-Vertrag
- ESM und Fiskalpakt
- Gläserne Bankkonten
- Online-Durchsuchung
- Bewegungsprofile
- Wohnraum-Verwanzung
- Einsatz des Geheimdienstes zur Steuereintreibung
- Hehlerei mit gestohlenen Bankdaten und Prämien für Denunzianten



Diese Instrumente werden zum Teil heute schon dafür eingesetzt, die ständig wachsende Belastung der Steuerzahler durchzusetzen und Aufstände einzudämmen. Doch selbst der Überwachungsstaat stößt irgendwann an seine Grenzen, denn die „*Staatsverschuldung*“ kann nichts anderes als wachsen.

Die Schuldenlüge

„*Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen*“, behauptet zumindest der sogenannte „*Bund der Steuerzahler*“ und unterstützt damit die Politiker, wenn diese mal wieder Steuern und Abgaben erhöhen wollen, denn „*zukünftige Generationen müssten ja ansonsten noch mehr Schulden zurückzahlen...*“ Kann man das glauben? **Ganze Generationen sollen verschuldet sein?** Bei wem denn? Die Generation, der Staat – das sind doch wir alle! Bei wem sollen wir aber dann diese Schulden haben – etwa bei anderen Generationen? Andere Staaten können es jedenfalls nicht sein, denn die stecken ja selbst alle bis zum Hals in Schulden.

„*Der Staat muss die Schulden zurückzahlen, denn sonst würde ihm ja niemand mehr Geld leihen*“, sagen all diejenigen, die systemkonform informiert wurden. Wozu aber muss sich ein Staat denn überhaupt Geld leihen, obwohl er doch selbst die Hoheit über seine Währung haben könnte? Weil es ansonsten Inflation gäbe? Haben wir die denn nicht auch so? **Wer hat denn das Geld, das dem Staat geliehen wurde, überhaupt hergestellt und kassiert dafür all die Zinsen?** Wessen Interessen vertreten die Politiker, während sie das Geldsystem niemals hinterfragen? Wem ordnen sie sich unter, wenn sie für die immer schneller wachsende Zinslast immer mehr Steuern eintreiben?

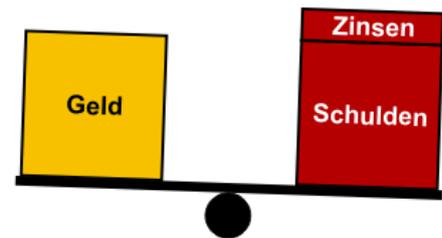
Die Bankenrettungspakete haben den Kern unseres Finanzsystems deutlich zum Vorschein gebracht. Die Banken brauchten Geld, also bekamen sie es vom Staat. Der hatte aber selbst kein Geld, also lieh er es sich von den Banken. Doch woher hatten diese denn nun plötzlich das Geld, um es dem Staat zu leihen? Banken verleihen eben nicht – was viele

heute immer noch glauben – vorhandenes Geld, nein sie erzeugen es, indem sie Kredit geben. So entsteht das, was wir heute „Geld“ nennen – durch Schulden.

Die Rückzahlung der Systemverschuldung ist unmöglich.

Das Wachstum von Steuerlast und Schulden ist systembedingt. Geld entsteht ausschließlich dadurch, dass Zentral- und Geschäftsbanken es verleihen. Die gesamte Geldmenge wurde dem Staat, den Unternehmen und den Bürgern nur geliehen. Jeder einzelne Euro müsste theoretisch zurückgezahlt werden. **Nach der Rückzahlung aller Schulden gäbe es kein Geld mehr.**

Der gesamten Geldmenge steht also ein gleich großer Schuldenberg gegenüber – plus Zinsschulden. Würde man wirklich versuchen, alle Schulden zurückzuzahlen, blieben am Ende noch die Zinsschulden übrig, denn das Geld, das man dafür bräuchte, wurde noch nicht hergestellt – es wurde noch nicht verliehen.



Doch unabhängig davon ist eine Rückzahlung dieser Geldmengen sowieso nicht möglich, denn diese sammeln sich aufgrund des Zinseszinses zunehmend in riesigen Kapitalsammelbecken an. Immer stärkere Kapitalströme fließen in diese Schwarzen Löcher des Finanzsystems, deren Besitzer mit dem Ausgeben dieser Geldmassen kaum noch hinterherkommen und oft nicht einmal wissen, wieso sie ständig so viel „verdienen“. Währenddessen gerät auf der anderen Seite fast die gesamte Gesellschaft immer tiefer in die Schuldenfalle.

Technologie, Wissen, Waren und Dienstleistungen sind im Überfluss vorhanden. Nicht die Menge an Geld ist für den Wohlstand einer Gesellschaft entscheidend, sondern allein die Erzeugnisse aus Arbeit, und die gab es niemals zuvor so reichlich wie heute. Die Frage ist nur, warum die Menschen, die all das erwirtschaften, sich selbst immer weniger davon leisten können und Politiker und Medien sie zu immer mehr Arbeit für immer weniger Lohn antreiben. Die Antwort darauf liegt in unserem Geld- und Steuersystem und dem daraus resultierenden Machtgefüge.

Thomas Jefferson, der 1801-1809 der dritte Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika war, sagte damals: *„Eine private Zentralbank, die Zahlungsmittel ausgibt, ist für die Freiheiten der Menschen eine größere Gefahr als eine stehende Armee.“*

Obwohl jeder mit Geld zu tun hat, wissen nur die Wenigsten, was Geld tatsächlich ist und wie es in Umlauf kommt. Dabei ist das gar nicht so komplex wie die Menschen glauben sollen. Das Wesentliche ist schnell erklärt und leicht zu verstehen, nämlich die Geldschöpfung und der Zinseszinses. Allein diese beiden Mechanismen bewirken, dass sämtliches Volksvermögen langsam aber sicher auf die Hersteller des leistungslos erzeugten Geldes und Inhaber der Kapitalsammelbecken umverteilt wird.

Das Geldsystem ist ein Taschenspielertrick.

Geld ist als Tauschmittel prinzipiell eine sehr nützliche Erfindung. Die Frage ist nur, durch wen und wie es entsteht und wie es in Umlauf kommt. Geld war nicht etwa immer schon

irgendwie einfach so da. Und es wurde auch nicht vom Staat hergestellt, denn sonst wären ja nicht alle Staaten verschuldet. Bei der Zentralbank kommen wir der Sache schon etwas näher, aber selbst die ist nur für einen winzigen Bruchteil der Geldmenge verantwortlich.

Fast die gesamte Geldmenge auf unseren Konten entsteht in privaten Banken bei der Vergabe von Krediten. Im Gegensatz zur „*öffentlichen Meinung*“ verleihen Banken nicht das Geld, das vorher dort von anderen Kunden deponiert wurde. Nein, dieses dient nur als Reserve, während die Banken ein Vielfaches davon als Kredite vergeben. Kredite sind zwar kein Geld im engeren Sinne, dennoch wirken sie wie „*echtes*“ Geld, mit dem man ganz normal bezahlen kann.

Die Bundesbank beschreibt diesen Prozess der Geldvermehrung wie folgt: „*Wenn eine Geschäftsbank einem Kunden einen Kredit gewährt, dann bucht sie in ihrer Bilanz auf der Aktivseite eine Kreditforderung gegenüber dem Kunden ein – beispielsweise 100.000 Euro. Gleichzeitig schreibt die Bank dem Kunden auf dessen Girokonto, das auf der Passivseite der Bankbilanz geführt wird, 100.000 Euro gut. Diese Gutschrift erhöht die Einlagen des Kunden auf seinem Girokonto – **es entsteht Giralgeld, das die Geldmenge erhöht.***“

Alles was eine Geschäftsbank benötigt, um Kredite in Höhe von 100.000 Euro zu vergeben, ist eine Reserve in Höhe von 1.000 Euro. Dieser Multiplikator-Effekt entsteht durch den Mindestreservesatz von nur einem Prozent. Banken haben also das Privileg, selbst hergestelltes „*Geld*“ zu verleihen, dafür Zinsen zu verlangen und beim Ausbleiben der Rückzahlung reale Werte durch den jeweils zuständigen Staatsapparat pfänden zu lassen.

Dieses Privileg der Banken ist so entscheidend für das Verständnis unseres Finanz-, Wirtschafts-, und Gesellschaftssystems, dass es anhand eines Beispiels noch einmal verdeutlicht werden soll:

[Beispiel] Eine Bank gibt 100.000 Euro Kredit zu 5 % Zinsen für ein teilweise finanziertes Haus. Um dieses Beispiel anschaulich zu halten, rechnen wir mit einer kompletten Rückzahlung nach einem Jahr und gehen davon aus, dass die Bank über mindestens 2.000 Euro Reserve verfügt:

Bei der Kreditvergabe bucht die Bank *aus dem Nichts* neue 100.000 Euro als Guthaben auf das Konto des Schuldners. Im Gegenzug bekommt sie das Recht, das Haus des Schuldners pfänden zu lassen, falls dieser den Kredit plus Zinsen nicht zurückzahlen kann.

Kann der Häuslebauer die 100.000 Euro zurückzahlen, dann verschwindet das so erzeugte Kreditgeld wieder, und die Geldmenge schrumpft entsprechend. Das Problem liegt jedoch darin, dass er weitere 5.000 Euro für die Zinsen ergattern muss. Doch dazu benötigte er einen Teil der Geldmenge, die durch andere Schuldner auf dieselbe Weise in Umlauf gebracht wurde. Wollen alle ihre Schulden zurückzahlen, gibt es garantiert immer jemanden, dem am Ende das Geld für die Zinsen fehlt. **[Beispiel Ende]**

Die Befürworter dieser Methode der Geldschöpfung weisen zwar zu Recht darauf hin, dass das von den Banken in Umlauf gebrachte Geld nach der Rückzahlung der Schulden wieder aus dem Verkehr gezogen wird. Aber inklusive Zinsen muss stets mehr zurückgezahlt werden, als ursprünglich verliehen wurde. Will einer seine Schulden inklusive Zinsen komplett zurückzahlen, muss es Andere geben, die dann umso mehr Schulden haben. Diese Rolle kann zum Beispiel der Staat spielen.

Zwar wird auch hier wiederum entgegnet, dass die bezahlten Zinsen in Form von Gehältern und Boni für Bankangestellte sowie durch Dividenden für Aktionäre wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen würden. Doch dies trifft nur teilweise zu. Tatsächlich fließt der Großteil des Zinsstroms dorthin, wo das meiste Kapital konzentriert ist. Wer Jahr für Jahr wachsende Milliardenzuflüsse hat, der gibt sie in der Regel nicht komplett für seinen Lebensunterhalt aus. Vielmehr kommen diese Geldmengen dann nur durch Verleih gegen Zinsen wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück, was dann die Kapitalsammelbecken auf der einen und die Verschuldung auf der anderen Seite nur noch schneller anwachsen lässt.

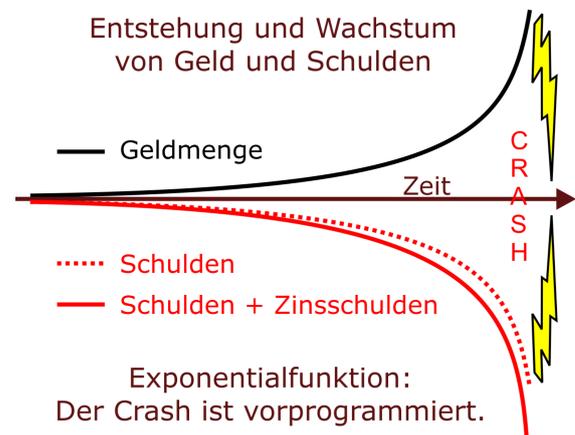
Nun ist auch klar, wieso anscheinend die ganze Welt in Schulden versinkt: **Die gesamte Geldmenge entstand mit einer Rückzahlungspflicht** aber sammelt sich wegen des Zinssystems bei den Inhabern der großen Kapitalkonzentrationen an. Wollten alle Staaten, Unternehmen und Privatpersonen ihre Schulden zurückzahlen, müssten sie zuerst an dieses angesammelte Geld herankommen. Doch selbst wenn ihnen das gelänge, blieben am Ende noch die Zinsschulden.

Eine Rückzahlung aller Kredite und somit der gesamten Geldmenge kann und darf es in diesem System nicht geben, denn danach gäbe es kein Geld mehr. Jedes Bankkonto, jeder Geldbeutel und alle Kassen wären dann leer. Die Wirtschaft käme zum Erliegen.

Stattdessen wachsen Guthaben, Schulden und Zinslasten immer schneller und immer weiter an. Dass dieser Effekt nicht nur Theorie, sondern Tatsache ist, kann man leicht an der exponentiell wachsenden Entwicklung der Staatsverschuldung sämtlicher Staaten erkennen.

In diesem Teufelskreis der Kreditausweitung muss die Wirtschaft ständig mindestens so schnell wachsen wie der Geld- und Schuldenberg, denn die zusätzlichen Schulden müssen durch zusätzliche Sicherheiten gedeckt werden. Die Folge dieses Schneeballsystems ist ein sich ständig beschleunigender Wachstumswahn. Um diesem Mechanismus zu dienen, müssen immer mehr Häuser, Maschinen, Autos, Schiffe usw. auf Kredit produziert werden. Sobald die Wirtschaft aufhört zu wachsen, gibt es überall Pleitewellen, obwohl nirgendwo materieller Notstand herrscht. Im Gesamtsystem fehlt dann einfach nur das Geld für die Zinsen.

Insolvenzen sind in diesem Finanzsystem zwangsläufig – irgendwen trifft es garantiert. Deshalb benötigen die Banken auch immer „Sicherheiten“, denn „mit Sicherheit“ wird stets ein Teil davon gepfändet. Auf diese Weise häufen die Banken immer mehr reale Werte an, obwohl sie nie etwas Reales verliehen hatten. „Die Bank gewinnt immer.“ Dieser alte Taschenspielertrick basiert auf einfachster Mathematik und funktioniert nicht nur im Casino, sondern ist die Basis unseres gesamten Finanzsystems.



Schleichende Enteignung durch Zinsen für Geld aus dem Nichts

Die Rückzahlung der sogenannten „*Staatsverschuldung*“, die ja in Wirklichkeit eine Systemverschuldung ist, war niemals beabsichtigt und ist im Finanzsystem auch gar nicht vorgesehen.

Die Verschuldung von Staat, Unternehmen und Privathaushalten war erforderlich, um das von den Banken leistungslos erzeugte Kreditgeld in Umlauf zu bringen. Wollte der Staat seinen Anteil am Schuldenberg reduzieren, müsste er entweder das Geld, das er in Umlauf gebracht hat, zuzüglich Zinsen wieder einkassieren, oder andere müssten sich im selben Ausmaß verschulden.

Theoretisch können sich zwar einzelne Systemteilnehmer entschulden, aber nur auf Kosten anderer, die dann entsprechend mehr Schulden tragen müssten. Alle zusammen können sich niemals entschulden – egal wie sehr sie sich anstrengen – und sie sollen das aus Sicht der Systembetreiber auch gar nicht. Der Zweck dieser Schulden sind die Zinsen, für die die Steuer- und Zinszahler immer mehr arbeiten müssen und sich ausplündern lassen. **Steuern und Zinsen sind der Motor für die Umverteilung von Fleißig nach Reich.**

Politiker und Ökonomen behaupten zwar immer wieder, das Wachstum der Staatsschulden sei kein Problem, da ja auch die Wirtschaft wachse. Doch abgesehen davon, dass die Wirtschaft nicht ständig wachsen kann, machen sie mit dieser Argumentation einen großen Bogen um den Kern der Thematik. Sie liefern keine Antwort auf die entscheidende Frage, wieso man überhaupt Zinsen dafür bezahlen soll, dass sich in einer Volkswirtschaft Geld im Umlauf befindet.

Die Zinsfrage hat zwar auch etwas mit Ökonomie zu tun, sie ist aber im Wesentlichen eine Frage der Macht. Zinsen können nur dann verlangt werden, wenn jemand mächtig genug dafür ist. Sie bewirken systematisch eine immer schnellere Konzentration der Macht bei denen, die durch das Zinssystem immer mehr Leistungen von den arbeitenden Menschen abschöpfen. Und aus der Tatsache, dass selbst Staaten Zinsen bezahlen müssen, folgt, dass es Kräfte gibt, die mächtiger sind als Staaten.

Die Struktur dieses Systems führt über Jahrzehnte hinweg mit mathematischer Zwangsläufigkeit zu einer schleichenden Enteignung der Völker durch die internationale Hochfinanz. Verliehen wurde stets nur selbst erzeugtes Geld, zurückgezahlt wird mit Grundstücken, Wasserwerken, Elektrizitätswerken, Telefonleitungen, Gesundheitswesen, Post, Bahn, Straßen, Gebäuden und so weiter. Die gesamte Infrastruktur sowie die Arbeitskraft von uns und unseren Nachkommen gehen zwangsläufig und ohne eine echte Gegenleistung in den Besitz der Geldmacht über. Ökonomen bezeichnen diese Enteignung gerne auch als „*Privatisierung*“ (Latein: *privare* = berauben).

In der gesamten Geschichte der BRD will noch kein einziger „*Volkvertreter*“ diesen Zusammenhang erkannt haben. Und erst recht keiner von ihnen hat jemals etwas dagegen unternommen, obwohl genau das ihre oberste Pflicht wäre. Gemäß Amtseid müssten sie doch eigentlich ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden. Dazu später mehr...

Diese wenigen Fakten sind der **Kern aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme**. Jeder, der sich politisch betätigt oder als Wirtschaftsexperte bezeichnen lässt,

sollte dieses Basiswissen zuerst verstanden haben, was im Prinzip auch nicht allzu schwierig ist. Nur wer Wirtschaft studiert hat, tut sich damit anfangs etwas schwerer, denn die offiziellen Theorien vernebeln einem komplett die Sicht auf das Wesentliche, nämlich auf die Geldschöpfung und den Zinseszinsseffekt.

Zinsen mögen zwar gerechtfertigt werden als Risikoprämie und Preis für das Überlassen von Kapital. Aber in unserem modernen Bankensystem entstehen Zinsen für das Überlassen von Nichts. Allein für die Notwendigkeit, dass ein Staat eine Währung in Umlauf bringt, fallen bereits Zinsen an. Dadurch entsteht eine künstliche Schuldenfalle für alle, die zu wenig Kapital besitzen. Und der Versuch, das nötige Eigenkapital durch ehrliche Arbeit aufzubauen, wird durch die Zinsen und unser leistungsfeindliches Steuersystem im Keim erstickt.

Jeder, der weniger als eine Million Euro Eigenkapital hat, ist ein Zinssklave,

auch wenn er sich selbst nie verschuldet hat. Die durch das „Geld aus dem Nichts“ überhöhten Zinsen verbergen sich in allen Preisen.

Der Zinsanteil an den Lebenshaltungskosten liegt inzwischen bei rund 40 Prozent. Diese Zinslast verbirgt sich vor allem in der Miete, aber auch in den Steuern und Abgaben. Sie erhöht auch alle Preise, da jeder, der an der Wertschöpfungskette beteiligt ist, seine Zinskosten in den Verkaufspreis einfließen lassen muss.

Eine durchschnittliche Familie, die etwa 25.000 Euro pro Jahr für ihren Lebensunterhalt ausgibt, bezahlt bei einem Zinsanteil von ca. 40 Prozent rund 10.000 Euro versteckte Zinsen. Ironischerweise sind es dann ausgerechnet diese Menschen, die glauben, vom Zinssystem zu profitieren, wenn sie beispielsweise 100.000 Euro auf einem Sparbuch haben und sich am Ende des Jahres über die offensichtlich erhaltenen Zinsen freuen. Die weniger offensichtlich bezahlten (weil in den Preisen versteckten) Zinsen lassen die meisten Menschen dabei leider außer Acht.

Wenn schon eine durchschnittliche, schuldenfreie Familie pro Jahr 10.000 Euro Zinsen bezahlen muss, ist es nicht verwunderlich, dass immer mehr Menschen Hartz IV und andere finanzielle Zuwendungen vom Staat, also vom Steuerzahler benötigen, wenn sie es nicht schaffen, diese Zinslast aus eigener Kraft aufzubringen. Das Finanzamt – als Handlanger der Banken – nimmt dann den Steuerzahlern das Geld ab, um einen Teil davon vorübergehend an Bedürftige weiterzuleiten. Von dort fließen aber 40 Prozent als Tribut in Form von verdeckten Zinszahlungen an das Großkapital. Als Steuerzahler und als Bedürftiger darf man sich bei diesem Spielchen keinesfalls nach dem Motto „Teile und herrsche!“ gegeneinander aufhetzen lassen. Beide Gruppen sitzen im selben Boot. Ihre Gegner sind die Banken und Politiker, die im Auftrag der Geldmacht, Vermögen von Fleißig nach Reich verteilen.

Erst ab einem rentabel angelegten Eigenkapital in Höhe von etwa einer Million Euro erhält man nach Abzug von Steuern und Inflation einen jährlichen Kapitalertrag, der in der gleichen Größenordnung liegt wie die jährliche (in den Preisen versteckte) Zinsbelastung. Erst ab dieser Schwelle hört man auf, unterm Strich Zinsen zu bezahlen. Wer darüber

hinaus über deutlich mehr Kapital verfügt, wird vom Netto-Zinszahler zum Netto-Zinsempfänger – nur leider auf Kosten seiner Mitmenschen.

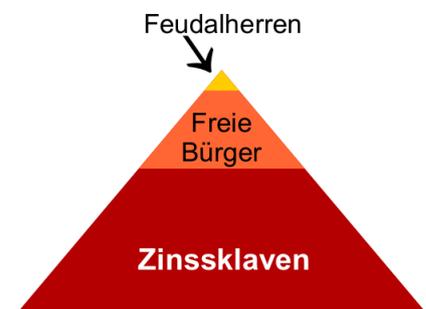
Oberhalb der kritischen Kapitalmasse lebt es sich bedeutend leichter. Je weiter man aber unterhalb dieser Schwelle lebt, desto mehr Zinsen muss man für andere erwirtschaften, auch wenn man sich selbst nie verschuldet hat. Dies ist eine versteckte Form dessen, was es in allen menschlichen Kulturen schon immer gab: **Sklaverei**. Und das Erwirtschaften der Zinsen durch Arbeit wird systembedingt immer schwieriger.

Wer möchte nicht gerne „*sein Geld für sich arbeiten lassen*“? Aber Geld kann gar nicht arbeiten. Es sind immer Menschen, die für die Zinsen arbeiten. Jeder, der sein Geld für sich arbeiten lässt, lässt in Wirklichkeit andere Menschen für sich arbeiten und zwar nicht nur diejenigen, die sich selbst verschuldet haben, sondern alle, die zu wenig Kapital besitzen.

Das ist so in unser Geldsystem mit Zwangsverschuldung und Zinseszins effekt eingebaut. Um Geld zu verdienen, braucht man vor allem eines: Geld. Es ist wesentlich einfacher, eine Milliarde zu verdoppeln, als durch ehrliche Arbeit das eigene Häuschen abzubezahlen. Wer eine Milliarde hat, kann sich inflationsbereinigt allein von den Zinsen jedes Jahr 50 Häuser kaufen, ohne dafür auch nur einen Finger krumm zu machen und ohne sein Geld dabei zu verbrauchen. Wer jedoch ohne Geld auf die Welt kommt, läuft sein Leben lang im Hamsterrad. Und vor lauter „*Stress*“ in unserer „*schnelllebigen Zeit*“ hat er nicht einmal die Zeit, um darüber nachzudenken.

Wir haben ein feudalistisches Geldsystem

Ganz oben in der Hierarchie stehen die **Feudalherren**. Sie erhalten mehrere Tausend Euro Zinseinnahmen (pro Tag!). Danach folgen die **freien Bürger**, die mit einem Eigenkapital in einer Größenordnung von einer Million Euro ebenso viele Zinsen einnehmen wie sie bezahlen. Ganz unten in der Pyramide stehen die **Zinssklaven**, die über weniger als eine Million Euro Eigenkapital verfügen und deshalb den gesamten Vermögenstransfer von unten nach oben erwirtschaften müssen.



Durch dieses **Pyramidensystem** hat sich seit den Zeiten des Feudalismus nicht viel geändert. Der Wohlstand, den die Zinssklaven erzeugen, wird nach oben verteilt. Jeder der versucht, durch Arbeit ein freier Bürger zu werden und das notwendige Eigenkapital durch ehrlichen Frondienst aufzubauen, arbeitet dank progressiv steigender Einkommenssteuern und Abgaben vor allem für den Geldadel. Man muss Millionen für die Feudalherren erwirtschaften, bevor man ein freier Bürger werden kann. Die meisten schaffen das nicht und haben ein Leben lang keine Freiheit erlebt.

Selbst die Französische Revolution hat daran nichts geändert. Sie war letztendlich nur ein Systemwechsel, bei dem die ineffiziente, persönliche Leibeigenschaft durch einen modernen Sklavenstaat ersetzt wurde. Sogar die kommunistischen Staaten raubten den von ihnen verwalteten Völkern Güter und Leistungen, um sie in Form von Zinsen an die internationale Hochfinanz zu liefern. Und selbst die Nationalsozialisten, die angetreten waren, um die Zinsknechtschaft zu brechen, brachen nach 1933 nur ihre Versprechen.

Da Staaten mit einem Teil der von ihren Bewohnern geraubten Gelder auch das Gemeinwesen finanzieren, glauben viele Staatsbürger, dass der Staat von ihnen geschaffen wurde und ihren Interessen diene. Würden die Menschen erkennen, wer die Staaten tatsächlich geschaffen hat, besitzt und steuert, dann würde dieses System wohl kaum funktionieren, es sei denn mit einer entsprechenden Gewaltherrschaft.

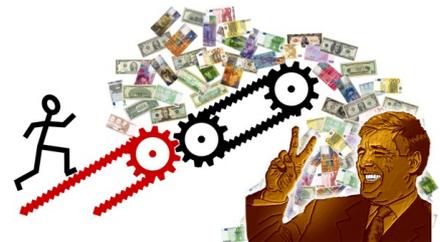
Das Modell der Sklavenstaaten, die von der internationalen Hochfinanz gesteuert werden, um die im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Staates ansässigen Völker zu verwalten, hat sich nun weltweit durchgesetzt. Selbst der Kolonialismus konnte durch Zinsknechtschaft ersetzt werden.

Der große Dichter und Denker Johann Wolfgang von Goethe erkannte schon seinerzeit: *„Niemand ist hoffnungsloser versklavt als jene, die fälschlicherweise glauben, frei zu sein.“*

Während sich die Feudalherren in früheren Kulturen noch mit Sklavenaufständen herumplagen mussten, weil ihre Untertanen nicht so recht arbeiten wollten, machen die modernen Sklaven heute einen Aufstand, wenn sie keine Arbeit haben. Dies verdanken sie vor allem der neuen äußeren Form der Sklaverei. Sie ist heute so subtil, dass sich kaum jemand seines Sklavendaseins bewusst ist, denn in unserem modernen System gibt es keine persönliche Zuordnung mehr zwischen Sklaven und Herren. Diese Funktion erfüllt heute das Geld- und Steuersystem, und der Sklaventreiber ist der Banken- und Staatsapparat.

Den Gebrüdern Rothschild, die im 19. Jahrhundert eine wesentliche Rolle in der globalen Finanzherrschaft erlangten, wird folgendes Zitat zugesprochen: *„Die Wenigen, die das System verstehen, werden dermaßen an seinen Profiten interessiert oder so abhängig von seinen Vorzügen sein, dass aus ihren Reihen niemals eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, geistig unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne je Verdacht zu schöpfen, dass das System gegen sie arbeitet.“*

Die große Masse der Menschen lebt heute tatsächlich in Sklaverei. Dies ist kein Vergleich, sondern Realität. Wer zu wenig Kapital hat, muss permanent für Miete, Zinsen und Steuern schuften, auch ohne selbst jemals einen Kredit aufgenommen zu haben. Das Einkommen fließt größtenteils an die Feudalherren. Und die benutzen dann dasselbe Geld, um die Sklaven nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen, damit sie sie mit Waren und Dienstleistungen versorgen für ein Leben ohne Arbeit in Überfluss und Dekadenz.



Reale Abgabenquote: über 85 %

Die Politiker sind schlau, wenn es darum geht, die Belastung der produktiv arbeitenden Menschen effektiv zu verbergen. Wer ist schon in der Lage, seinen persönlichen Abgabensatz inklusive aller sichtbaren und verborgenen Zinsen, Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Geldstrafen und Gebühren zu berechnen? Es ist nicht möglich. Die Gleichung hat zu viele Unbekannte.

Einfacher und trotzdem genauer als der Versuch einer Berechnung ist es, einfach nur die sichtbaren Resultate zu vergleichen: Ein abhängig beschäftigter Arbeiter muss in etwa

einen Tag lang arbeiten, um mit dem Geld, das er dafür netto bekommt, nur eine Arbeitsstunde eines anderen Arbeiters bezahlen zu können, der seinen Frondienst ebenfalls als abhängig Beschäftigter leistet. Das entspricht einem Verhältnis zwischen dem, was man verdient und dem was man bekommt von etwa 7 bis 8 zu 1, also einer Abgabenlast von über 85 %.

Ausbildung zum Systemsklaven

Während einerseits die Zinsen und Abgaben systembedingt immer schneller steigen, gibt es auf der anderen Seite immer weniger Menschen, die die erforderliche Arbeit verrichten können. Das System braucht Nachschub, und zwar schnell!

Die Einschulung erfolgt immer früher, das Gymnasium wird verkürzt, die Bachelor- und Master-Studenten werden im Eiltempo durch die Hochschulen gepeitscht und Schule und Ausbildung werden zum Drill. Viele junge Leute klagen, sie hätten keine Zeit, sich zu verlieben – und nun wissen wir auch, warum. Der Nachwuchs muss möglichst schnell dem als „Arbeitsmarkt“ bezeichneten Sklavenmarkt zur Verfügung gestellt werden. Dabei muss er sich schon von Kind an daran gewöhnen, von früh morgens bis spät abends dem System zu dienen und das auch noch als normal zu empfinden.

Die Studiengebühren und der Zinsanteil in der Miete und in den übrigen Lebenshaltungskosten erfüllen dabei gleich zwei Aufgaben: Sie verstärken den Zeitdruck auf die Studierenden noch mehr und treiben sie oft von Anfang an in die Schuldenfalle, damit sie später noch gefügigere Sklaven werden. Und durch diverse Praktika werden die Nachwuchssklaven auch noch daran gewöhnt, sich dafür zu bedanken, dass sie kostenlos arbeiten dürfen.

Ist der Beruf dann einmal erlernt, kommen auch schon die Finanzparasiten um sich mit Lebensversicherungen, Bausparverträgen sowie Riester- und Rürup-Renten an den Früchten ehrlicher Arbeit zu bereichern. Politiker schaffen gerne die gesetzlichen Grundlagen für solche Betrugsmodelle, denn schließlich profitieren auch sie von den daraus entstehenden Gewinnen. Eine Aufklärung über derartige Knebelverträge hat man auf dem Bildungsweg natürlich nicht erhalten.

Was die Kinder in den öffentlichen Belehrungsanstalten eingetrichtert bekommen, dient fast ausschließlich dem Erhalt des Systems. Rechnen, Schreiben, vorgegebene Methoden auswendig lernen und alles auf Befehl wiedergeben. Die offizielle Lehrmeinung über Wissenschaft, Geschichte, Politik und Wirtschaft muss auswendig gelernt werden – natürlich ohne die fragwürdigen Inhalte und die Motive der Autoren zu hinterfragen. Eigenständiges, kritisches Denken bekommt man von Anfang an abgewöhnt. Setzen, sechs!

Seine Kinder dem Systemdrill namens Schule zu entziehen und ihnen statt dessen selbst etwas Nützliches und Wahres zu lehren, ist selbstverständlich verboten, zumindest für die Sklaven. Deren Kinder müssen schließlich zu gefügigen Turbo-Sklaven gedrillt werden, denn wer soll sonst die wachsende Schuldenlast sowie die Renten und Pensionen auch morgen noch erwirtschaften? „Wachstum, Wachstum über alles...“ könnte das Motto der Systempolitiker lauten – „denn schließlich dienen die Menschen der Wirtschaft und nicht umgekehrt.“

Aussterbende Kulturen

Während es einerseits immer weniger Kinder gibt, bürdet man ihnen andererseits eine immer größere Geburtsverschuldung auf. Aber die Frauen sollen lieber im Hamsterrad der Zinssklaven mitlaufen, anstatt kostbare Arbeitszeit für Haushalt, Kinder und den Erhalt der Familie zu vergeuden – sagen zumindest die Emanzipationsbeauftragten in Medien und Politik. Und seitdem erkannt wurde, dass klassische Familien der Arbeits- und Konsumgesellschaft kritisch gegenübersehen und dadurch das Wirtschaftswachstum gefährden, werden Singles und gleichgeschlechtliche Paare von Medien und Politik besonders eifrig umworben.

Das Ergebnis dieser Entwicklungen macht sich natürlich in der Geburtenrate bemerkbar. Und damit in den betroffenen Gebieten auch in Zukunft noch genügend Personal für das Erwirtschaften von Zinsen zur Verfügung steht, fördert man lieber die Zuwanderung anstatt in den eigenen Nachwuchs zu investieren. Das spart nicht nur Ausbildungskosten, sondern verwandelt vor allem auch widerspenstige Völker in durchmischte, uneinige und daher leichter kontrollierbare Menschenmassen.

Exakt so muss man die kapitalistische Familienpolitik zusammenfassen: Emanzipation, Kinderlosigkeit und Zuwanderung. Familien sind in einer Gesellschaft, die dem Kapital dienen soll, nicht rentabel. Auch hier fragt man sich wieder, wessen Interessen die Politiker eigentlich vertreten. Unklar ist auch, was vom Volk der Dichter und Denker innerhalb weniger Generationen eigentlich noch übrigbleiben soll und ob hier etwa versucht wird, das Volk dem übergeordneten Finanz- und Wirtschaftssystem anzupassen, anstatt ein System einzuführen, das zu den Menschen passt.

Wer dadurch aufgestachelt gegen Minderheiten hetzt, wird zum Instrument des Systems und kämpft gegen Symptome anstatt gegen Ursachen. Aus der Durchmischung von Opfergruppen resultieren stets Konflikte. Wir sollten uns nicht für den inszenierten Zwist – besonders zwischen Christen und Moslems – missbrauchen lassen, während sich die Strippenzieher im Hintergrund die Hände reiben. Das Aufhetzen der Sklaven gegeneinander nach der Devise „*Teile und Herrsche*“ ist seit jeher einer der wichtigsten Bestandteile jeder Machtstrategie.

Sowohl in der christlichen als auch in der islamischen Kulturgeschichte – und in vielen anderen auch – gab es Zeiten, in denen man sich an das per Religion festgelegte Zinsverbot hielt. Ob man nun gläubig ist oder nicht – die alten Gelehrten kannten sehr wohl die zerstörerische Wirkung des Zinssystems auf die Völker, die daran erkrankt waren. Seitdem sich heutige Kulturen erneut dem Zinswucher geöffnet haben, sind auch sie dem Untergang geweiht, falls es ihnen nicht gelingen sollte, sich friedlich davon zu befreien.

Der Kampf um die Zinsen zerstört die Gesellschaft.

Ein weiser Mann sagte einmal: „*Gold ist das Geld der Könige, Silber das Geld der Gentlemen, Tausch ist das Geld der Bauern, aber Schulden sind das Geld der Sklaven.*“

Unsere Geldscheine sind kein richtiges Geld. Es sind nur Banknoten, mit denen man Schulden zurückzahlen kann. Auf den Dollar-Scheinen steht das sogar gedruckt: „*Diese Banknote ist legales Zahlungsmittel für alle öffentlichen und privaten Schulden*“. Man

braucht es nur zu lesen. Beim Euro ist dies allerdings nicht möglich, denn hier steht leider nichts drauf. Er funktioniert aber nach dem gleichen Prinzip.



Da alle Banknoten von den Zentralbanken und das Giralgeld von den Geschäftsbanken nur verliehen wurden und das Geld für alle Zinsen noch gar nicht existiert, stellt sich die Frage, womit man denn dann die Zinsen bezahlen soll.

Hier beginnt das alte Spiel, bei dem alle einen Stuhl ergattern müssen, während es immer einen zu wenig gibt. Sobald die Banken die Musik abstellen, also keine Kredite mehr für die Zinsen vergeben, müssen sich die Menschen das fehlende Geld gegenseitig abjagen. Dieses Ereignis wird von Ökonomen auch als „Rezession“ bezeichnet. Aber egal wie fleißig man auch arbeitet und spart, die gesamte Geldmenge reicht nie für alle.

Die Verlierer, die sich nicht noch tiefer verschulden können, müssen dann ihr Sachvermögen abgeben. Dabei betätigt sich der Staat dann auch noch als Handlanger der Banken, denn er zwingt die Menschen dazu, das Bankengeld als „gesetzliches Zahlungsmittel“ zu akzeptieren. Und schließlich ist es dann auch die Staatsgewalt, die die systematischen Pfändungen im Auftrag der Geldhersteller und -verleiher vollstreckt, damit diese kostenlos an Waren und Dienstleistungen kommen.

Der Zinseszinsseffekt erzeugt eine Spirale von immer stärker wachsender Verschuldung auf der einen und immer schneller wachsenden Vermögen auf der anderen Seite. So wird die Umverteilung von Fleißig nach Reich durch Zinsen und Steuern automatisch immer dynamischer.

Was wir heute als sogenannte Finanzkrise erleben, ist vergleichbar mit dem Ende eines Monopoly-Spiels, in dem schon alle Straßen, Häuser, Bahnhöfe, das Elektrizitätswerk und das Wasserwerk vergeben sind. Wer nichts davon besitzt, soll nun im Kreis laufen, also arbeiten. Doch das Geld, das man dafür bei Erreichen von Los bekommt, das Einkommen, reicht nicht mehr aus, um über die Runden zu kommen – das Spiel ist aus! Beim Monopoly würde man jetzt neu beginnen. Aber die Nutznießer in der realen Welt wollen nicht aufhören. Viel lieber bieten sie den Verlierern zusätzliche Kredite an und lassen die Unterdrückungsapparate ausbauen. Doch das Blatt kann und wird sich ohne einen Neustart nie und nimmer mehr wenden.

Im täglichen Kampf um die Zinsen sind die meisten Menschen zu beschäftigt, um den Systemfehler zu erkennen. Jeder kämpft nur noch für sich selbst und gegen alle anderen. Zeit für gegenseitige Hilfe hat man nicht mehr. Durch Idealismus, Moral und ehrliche Arbeit kommt man nicht weit. Mehr erreicht man durch Materialismus, Manipulation, Lügen, Betrug und Gewalt.

Wer sich an Moral und Ethik hält, wer als Idealist der Gesellschaft Nutzen stiftet und ehrlich arbeitet, der kann der Zinsfalle kaum entkommen. Wer sich hingegen dem Materialismus und Zinswucher hingibt, andere Menschen belügt und betrügt und ihnen geschickt das Geld abjagt, der kassiert Zinsen, Boni, Abfindungen, Provisionen, Diäten, Pensionen, Yachten, Schlösser, Dienstwagen und so weiter, ganz ohne Fleiß, nur durch den Verkauf des eigenen Gewissens und der Menschen, die einem vertraut haben. Diese Negativ-Selektion führt logisch und konsequent zum Zerfall der Gesellschaft.

Kriminalität und Verzweiflungstaten häufen sich nicht aus Mangel an Gesetzen, Polizei und Überwachung, wie dies Politiker und Medien immer wieder gerne darstellen. Hinter den Kulissen erkennt man schnell die echte Ursache, nämlich eine Gesellschaft, die unter der Last dieses Systems immer materialistischer, unglücklicher und kälter wird.

Die Problematik des Zinseszins-effekts ist schon seit Jahrtausenden bekannt. Nicht umsonst haben die meisten Religionen Zinsen verboten. Und wo es sie doch gab, wurde regelmäßig ein Erlassjahr ausgerufen, in dem alle Schulden verfielen. Die aktuelle Krise entsteht durch den Versuch der heutigen Gläubigergeneration, all dieses historische Wissen und die Mathematik zu widerlegen und den notwendigen Schuldenerlass mit allen Mitteln so lange wie möglich hinauszuzögern.

Das ist die wahre Ursache der Finanzkrise.



Wie Schwarze Löcher, die durch ihre enorme, ständig wachsende Anziehungskraft immer mehr Materie aufsaugen, so saugen auch riesige Kapitalkonzentrationen durch ständig wachsende Zinsforderungen immer mehr Geld aus dem Wirtschaftskreislauf ab. Die Konjunktur durch noch mehr Schulden immer weiter ankurbeln zu wollen, gleicht dem Versuch, ein Schwarzes Loch zu sättigen, indem man ihm zusätzliche Materie anbietet.

Immobilienblasen und Finanzderivate, überschuldete Staaten, Unternehmen und Verbraucher, gierige Manager, Politiker und Spekulanten sind nicht die Ursache der Finanzkrise, sondern nur einige Symptome eines Systems, das auf Dauer niemals funktionieren kann. Auch eine strengere Regulierung der „Finanzmärkte“ oder eine „Schuldenbremse“ ist keine Heilung, sondern nur eine Oberflächenbehandlung. „Das Kapital muss bedient werden“ ... bis das System zusammenbricht. Dieses Ereignis tritt zwangsläufig ein, da die Schulden exponentiell wachsen, während die Wirtschaft in einer begrenzten Welt eben nur begrenzt wachsen kann.

Sobald sich die Menschen nicht mehr noch weiter verschulden wollen oder mangels Sicherheiten können, fehlen dem System die zusätzlichen Schuldner, die die steigenden Zinslasten erwirtschaften sollten.

Für das Wachstum der Vermögen gibt es dann keine zusätzliche Substanz mehr. Die Banken, die bis dahin nur Instrument des Systems waren, geraten nun selbst in seine Fänge. Da die Banken immer mehr Zinsen an ihre Eigentümer und andere Inhaber von Kapitalsammelbecken liefern müssen aber selbst niemanden mehr finden, der ihnen noch mehr Zinsen



bezahlt, zehren sich die Kapitalzentren am Ende selbst auf.

Staatliche Rettungspakete – die schlussendlich alle bei den Eigentümern der Banken landen – dienen nur dazu, dem System und seinen Nutznießern aus Hochfinanz und Politik noch so lange wie möglich einen angenehmen Lebensabend zu ermöglichen. Der Zusammenbruch wird auf jeden Fall kommen. Nur wird er noch um jeden Preis so lange wie möglich hinausgezögert, am besten bis die Nachfolger im Amt sind. Sobald jedoch auch der Staat hoffnungslos überschuldet ist, geht er mit dem System gemeinsam unter.

Vor dem Crash kommt die Phase des Faschismus.

In der Endphase des Systems wird versucht, diese Schuldenlücke durch explosionsartig wachsende Staatsverschuldung aufzufüllen. Nur der Staat gilt dann noch als vertrauenswürdiger Schuldner, denn er kann seine Bürger gewaltsam enteignen und zu immer mehr Schuldendienst zwingen. Hochfinanz, Banken, Konzerne und Regierung unterdrücken dann das Volk gemeinsam. Dies ist laut Definition Faschismus.

Der Wirtschaftswissenschaftler Ludwig von Mises (1881 – 1973) erkannte schon seinerzeit: *„Der Staatsapparat ist ein Zwangs- und Unterdrückungsapparat. Das Wesen der Staatstätigkeit ist, Menschen durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu zwingen, sich anders zu verhalten, als sie sich aus freiem Antriebe verhalten würden.“*

Den Menschen bleibt nach Steuern, Abgaben und Zinsen automatisch immer weniger zum Leben übrig. Die Grenzen dessen, was in einer Demokratie durchsetzbar wäre, werden zwangsläufig irgendwann überschritten. Es folgt der Polizeistaat.

Die Grundrechte werden heute schon immer weiter eingeschränkt. Elektronische Massenüberwachung, BKA-Gesetz, Online-Durchsuchung, Wohnraum-Verwanzung, Abschaffung des Bankgeheimnisses, Einsatz des Geheimdienstes gegen die Bürger, Straffreiheit und Prämien für Datendiebe und Denunzianten und vieles mehr ist vor allem für einen Zweck vorgesehen und wurde auch schon dafür eingesetzt: Steuereintreibung.

Der kontinuierliche Ausbau der Machtapparate wird ohne äußere Einflüsse nicht einfach so stoppen. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte setzen sich fort, denn diejenigen, die die Macht haben, werden freiwillig niemals einen Machtentzug zulassen. Sie wollen immer mehr und immer noch mehr. Machtgier kennt keine Grenzen.

Anstatt ihr System aufzugeben, werden die Machthaber erst mal noch das Bargeld abschaffen, denn so kann man aus den Untertanen noch einiges mehr herausquetschen und noch etwas Zeit gewinnen. Dann sind Zahlungen und Geldvermögen nur noch elektronisch und unter vollständiger staatlicher Kontrolle erlaubt. Steuern, Strafen, Gebühren und was sonst noch so gebraucht wird, kann man dann direkt von den Steuersubjekten einziehen. Und wer aufmuckt, kriegt das Konto gesperrt – schlechte Zeiten für alle Regimekritiker und Widerstandskämpfer...

Der Volksaufstand ist vorprogrammiert, denn früher oder später werden sich die Menschen ihrer Unterdrückung bewusst, und die Unzufriedenheit übersteigt die kritische Schwelle. Unter diesem Aspekt sind die Einführung der Internet-Zensur, die juristische Vorbereitung des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren und der



per Lissabon-Vertrag eingeführte Schießbefehl bei Aufständen alarmierende Entwicklungen.

Für solche Maßnahmen braucht man natürlich Gründe, die von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden. Der angebliche Kampf gegen Terrorismus, Kriminalität und Kinderpornographie liefert hierfür den idealen Vorwand.

Terrorismus wurde jedoch schon oft inszeniert. In der Geschichte (Reichstagsbrand) und in der Gegenwart (9/11), dienten solche Mittel schon vielen Regimes als Rechtfertigung für die Beseitigung von Bürgerrechten und dazu, Verbündete in angebliche Verteidigungskriege zu zwingen, die tatsächlich Angriffskriege sind.

Die zunehmende Kriminalität ist eine Folge der zunehmenden Umverteilung von Fleißig nach Reich, die dank der Struktur des Finanzsystems immer größere Ausmaße annimmt. Kriminalität ließe sich allerdings viel leichter beseitigen, wenn man den Motor dieser Umverteilung abschalten würde – das verzinste Geldsystem.

Und gegen Kinderpornographie braucht man keine Zensur des Internet. Dieses Mittel ist dazu technisch völlig ungeeignet. Es ist sogar kontraproduktiv, da die Täter so anstatt verhaftet nur versteckt werden. Von Systemkennern wurde dieser Angriff auf das Internet jedoch schon lange erwartet. Das Internet ist für die Machthaber und ihre Medien die größte Bedrohung, der sie sich jemals stellen mussten. Mit wachsender Geschwindigkeit verbreiten sich dort die Informationen, die das System zum Wanken bringen und deshalb von den Mainstream-Medien entweder verschwiegen oder falsch dargestellt werden.

Der Polizeistaat kann das System noch eine Weile künstlich am Leben erhalten. Dabei wird aber das Leben für die meisten Menschen immer unerträglicher. Doch auch so gibt es noch mathematische Grenzen, die spätestens dann erreicht sind, wenn der Staat so hohe Zinszahlungen leisten muss, dass das gesamte Arbeitseinkommen aller Bürger nicht mehr dafür ausreicht.

Wie viel von dieser sinnlosen Endphase wir noch erleben müssen, bevor das System wegen seines Konstruktionsfehlers ohnehin zusammenbricht, hängt davon ab, wie lange die Menschen es noch erdulden und wie lange sie es mit ihren Steuern und Zinsen noch künstlich am Leben erhalten.

Wie der Ausstieg funktioniert, ist schon lange bekannt. Ein schnellstmöglicher Umstieg auf ein nachhaltiges Finanz- und Wirtschaftssystem würde uns diese schmerzhafteste Endphase ersparen. Trotzdem halten die Politiker mit allen und zum Teil verfassungswidrigen Mitteln am bestehenden System fest, denn dieses bietet ihnen Privilegien, die sie sonst verlieren würden. Dabei betrügen und verraten sie das eigene Volk.

Permanentes Wirtschaftswachstum und regelmäßige Zerstörung

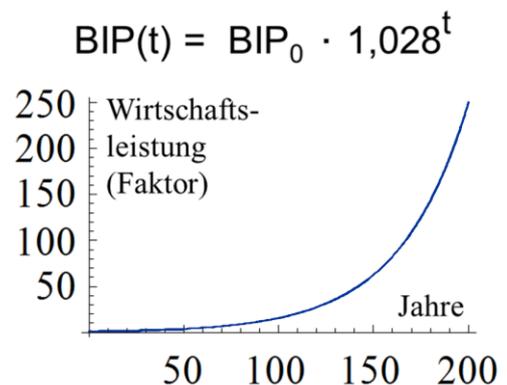
Da sämtliches Geld nur durch Kredite in Umlauf kam und das Geld für die Zinsen immer wieder durch neue Kredite erzeugt werden muss, müssen auch immer neue Werte zur Deckung dieser Kredite geschaffen werden. Die Wirtschaft muss also stets mindestens so schnell wachsen wie die Zinslast. Wenn die Wirtschaftsleistung einmal ein Jahr lang „nur“ gleich bleibt, müsste es den Menschen doch eigentlich gleich gut gehen wie vorher. Aber

wegen der Zinsen brauchen wir Wachstum „koste es was es wolle“, meinen zumindest die Politiker und Medien.

Wirtschaftswachstum erzeugt eigentlich Wohlstand. Der kommt aber bei den Leistungsträgern nur dann an, wenn die Wachstumsrate größer ist als der Zinssatz, denn zuerst wird der neu geschaffene Wohlstand durch die Netto-Zinsempfänger abgeschöpft, und nur was dann noch übrig bleibt, verbessert die Lebensbedingungen der Zinssklaven.

Abgesehen von dieser Gerechtigkeitsfrage gibt es aber auch einen mathematischen Systemfehler: Der Zinseszinsseffekt bewirkt ein exponentielles Wachstum der Geld- und Schuldenmenge. Die Zinslast strebt also mit steigender Geschwindigkeit gegen Unendlich. Die Wirtschaft kann zwar eine Weile lang versuchen, exponentiell zu wachsen, um immer mehr Sicherheiten für die Deckung des immer schneller wachsenden Schuldenberges zu produzieren, aber auf Dauer ist das unmöglich.

Bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von beispielsweise 2,8 Prozent verdoppelt sich die Wirtschaftsleistung (BIP) alle 25 Jahre. Demnach müsste man in nur 150 Jahren bereits das 64-fache der heutigen Gütermenge produzieren – und in nur 300 Jahren schon mehr als das 4.000-fache. Die verheerenden Folgen dieser Exponentialfunktion kommen jedoch bereits nach ca. 75 Jahren deutlich zum Vorschein. Der Kondratieff-Zyklus besagt, dass spätestens dann die Wirtschaft nicht mehr so schnell wachsen kann wie die exponentiell wachsende Zinslast.



Nichts in der Natur kann permanent exponentiell wachsen. Ein Krebsgeschwür wächst exponentiell, aber nur bis der Körper stirbt. Wirtschaftswachstum ist vergleichbar mit dem Versuch des Körpers, schneller zu wachsen als ein Krebsgeschwür, um dessen prozentualen Anteil am Gesamtkörper möglichst klein zu halten.

Dass dies jedoch auf Dauer unmöglich ist, hat selbst John Maynard Keynes (1883 - 1946, einer der wichtigsten Protagonisten unseres Wirtschaftssystems) eingestanden. Er wollte sich damit aber nicht auseinandersetzen. Seine Antwort lautete: „*In the long run we are all dead.*“ – Nach uns die Sintflut!

Die Folge ist die totale Zerstörung der geschaffenen Werte alle zwei bis drei Generationen. Verschrottung und Neubau von intakten Autos mittels „Abwrackprämie“ stellt hier nur einen harmlosen Anfang dar. Es ist leider aus mathematischer Sicht notwendig, noch sehr viel mehr zu zerstören, um dieses Finanz- und Wirtschaftssystem zu erhalten. Wirtschaftswunder gibt es nur nach großen Kriegen. Nach der sinnlosen Zerstörung kommt der sinnlose Wiederaufbau. Der nächste Krieg ist vorprogrammiert. Ist all das nötig, nur um unser krankes Finanz- und Wirtschaftssystem zu erhalten? Permanente Vollbeschäftigung ist unmöglich und eigentlich auch nicht nötig. Nur unser willkürlich gestaltetes Finanz- und Wirtschaftssystem zwingt uns dazu. Die Geschichte wiederholt sich – zumindest solange man an diesem System festhält.

Das herrschende Finanzsystem ist so makaber: Es verträgt keine Schaffung bleibender Werte. Unzählige Patente wurden und werden von etablierten Eliten aufgekauft, nur um ihre Realisierung zu verhindern und sich so die alten Monopole zu sichern. Wenn man zum Beispiel ein Heilmittel gegen lukrative Krankheiten entdeckt hätte oder einen effizienten Energiespeicher, müsste das geheimgehalten werden. Ansonsten würde so viel Arbeit unnötig werden und das Sozialprodukt so stark schrumpfen, dass das System noch früher zusammenbrechen würde.

Schilbürgerstreich: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“

„Alle müssen mehr arbeiten, um mehr Geld zu verdienen“, sagen zumindest die Politiker und diejenigen „Experten“, die man in den Medien zu Wort kommen lässt. Aber Geld entsteht nicht durch Arbeit. Es entsteht durch Schulden. Und „verdient“ wird das meiste Geld auch nicht durch die eigene Arbeit, sondern durch die Arbeit anderer, und zwar durch Zinsen.

Die arbeitsteilige Wirtschaft und der technologische Fortschritt dienen eigentlich dazu, den Menschen die Arbeit abzunehmen. Dies geschieht nun so erfolgreich, dass die Menschen immer weniger arbeiten müssen und die Arbeitslosenquote stets wächst. Das „Problem“ daran ist nur, dass dieser Erfolg nicht zu unserem Finanzsystem passt, welches permanentes Wachstum von Schulden benötigt. Und für Schulden muss man schließlich arbeiten. Die allseits nachgeplapperte Forderung nach „mehr Arbeit“ unter dem Motto: „Hätte man bloß nicht die Maschinen erfunden, dann hätten wir alle mehr Arbeit.“ ist – genau wie das Märchen von der Rückzahlung der Staatsschulden – einer der dümmsten und lächerlichsten Schilbürgerstreiche, die es je gab.

Waren und Dienstleistungen sind im Überfluss vorhanden. Weniger Arbeit und mehr Freizeit wäre für die meisten Menschen kein Unheil, sondern eine Errungenschaft. Man müsste nur die Verteilung des Nutzens sinnvoll gestalten, und zwar so, dass sich Fleiß wieder lohnt.

Wie viel Zeit hätte man für Familie und Kultur, wenn:

- man nicht ständig für Steuern, Abgaben, Miete und Zinsen arbeiten müsste?
- die Wirtschaft nicht permanent exponentiell wachsen müsste?
- man die vorhandene Arbeit gleichmäßiger verteilen würde?
- sich alle Menschen an der nützlichen Arbeit beteiligen würden?
- die Pharma-Industrie heilen würde anstatt sich Kunden zu sichern?
- unzählige nützliche Erfindungen realisiert werden dürften?
- Werbung und Medien die gesamte Bevölkerung nicht permanent manipulieren würden?
- man ein Wirtschaftssystem hätte, in dem man nicht regelmäßig alles zerstören müsste, um hinterher wieder Vollbeschäftigung zu haben?



Die Einkommen verhalten sich umgekehrt proportional zum Nutzen, den die Menschen erzeugen. Durch Arbeit in folgenden Bereichen entsteht kein echter Wohlstand:

- Finanzsystem
- Steuersystem
- Rechtssystem
- Rüstungsindustrie
- Große Teile der Pharma-Industrie
- Werbung
- Politik
- Verwaltungsapparat
- und so weiter

Viele unsinnige Arbeiten könnte man in einem vernünftigen Geldsystem ersatzlos streichen. Der Gesellschaft nützt es nichts, wenn sich Millionen von Menschen nur damit beschäftigen, sich gegenseitig durch Werbung für Produkte, die keiner braucht, zu manipulieren, sich durch ungebetene Callcenter-Anrufe und Vertreterbesuche gegenseitig zu belästigen oder sich durch alle möglichen übrigen Gaunereien das Geld abzujagen. Anstatt sinnlose Formulare, Gesetze, Versicherungen, Abmahnungen, Gifte und Gegengifte, CO₂-Zertifikate, Waffen, Lügen und sonstige Absurditäten herzustellen, die andere und einen selbst nur drangsalieren, könnte man doch einfach mal die wohlverdiente Freizeit genießen und die über Jahrhunderte geschaffene Technik arbeiten lassen.

In einer Ressourcen-Ökonomie, die nicht ständig wachsen muss, um den Interessen des Geldsystems zu dienen, fallen sinnlose Tätigkeiten ersatzlos weg – und das ist auch gut so, denn wenn eine Arbeit lediglich dazu dient, Arbeit zu schaffen, dann kann die Gesellschaft darauf verzichten! Arbeit, die nicht der Befriedigung von Bedürfnissen dient oder der Menschheit sogar schadet, kann gestrichen werden, wenn das Anrecht auf eine Teilhabe an der geschaffenen Gütermenge erhalten bleibt.

Leider ist dieses Anrecht heute ausschließlich an Arbeit und Geld gekoppelt, egal wie sinnlos oder gar destruktiv die zugrundeliegende Arbeit auch sein mag. Hierin liegt auch einer der wichtigsten Gründe dafür, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Tat finanzierbar ist. Nur muss man dafür aber über den Tellerrand unserer heutigen Systeme hinausblicken und darf nicht damit anfangen, solche Lösungen in Euro zu berechnen. Sie funktionieren nur mit einer Währung, die im Gegensatz zum Euro ohne Staatsverschuldung und ohne Zinsbelastung in Umlauf gebracht wird.

Wie der Ausstieg aus dem Wahnsinn funktioniert, ist schon lange bekannt. Ein schnellstmöglicher Umstieg auf ein nachhaltiges Finanz- und Wirtschaftssystem würde uns die schmerzhafteste Endphase des vorhandenen Systems ersparen. Trotzdem halten die Politiker mit allen und zum Teil verfassungswidrigen Mitteln daran fest, denn dieses bietet ihnen Privilegien, die sie sonst verlieren würden. Dabei betrügen und verraten sie das eigene Volk.

Vernünftige Wirtschaftssysteme existieren schon lange in der Theorie. Man könnte zum Beispiel auch die Marktwirtschaft einführen, die es aber nur dann geben kann, wenn auch

das Geldsystem marktwirtschaftlichen Mechanismen folgt. Aber solche Alternativen werden von den Nutznießern des etablierten Systems natürlich nicht zugelassen.

Kapitalistische Planwirtschaft: Zentralbank als Zentralkomitee

Inflation, Deflation, Wirtschaftswachstum und Wirtschaftskrisen lassen sich über das Geldsystem zentral steuern. Geldart, Geldmenge, Leitzins und Kreditvergabe unterliegen keinen marktwirtschaftlichen Mechanismen, sondern werden von den Zentralbanken festgelegt. Diese in keinster Weise demokratisch legitimierten Institutionen, denen sich fast alle Staaten „freiwillig“ unterordnen, bestimmen, welchen Wert ihr selbst kreierte Geld hat und können den Marktteilnehmern damit nach Belieben Kaufkraft verleihen oder entziehen.

Börsenkurse und Preise steigen und fallen in Abhängigkeit davon, wie schnell die Banken das System mit frischem Geld fluten. Drehen sie den Geldhahn weit auf, steigen die Kurse und Preise. Drehen sie ihn weniger weit auf, sinken sie. Da die Zentral- und Geschäftsbanken – und ihre Eigentümer! – die Geldmenge selbst steuern, wissen sie immer im Voraus, wohin sich die Märkte bewegen. So generieren sie sichere Gewinne – und Boni – auf Kosten der Kleinanleger, die von Marktbewegungen immer erst im Nachhinein etwas erfahren.

Aber den Systembetreibern geht es nicht um Geld. Das können sie schließlich selbst mit ihren Banken erzeugen. Geld ist für sie nur ein Instrument, das ihnen Macht verleiht und Reichtum an Waren und Dienstleistungen beschert. Mit Hilfe des Finanzsystems halten sie die produktiv arbeitenden Menschen arm und verschuldet, denn dann arbeiten sie fleißiger und erzeugen noch mehr Werte, die sie dann für billig gedrucktes Geld hergeben.

Wenn die Hälfte aller Güter, die an jedem Austausch beteiligt sind – das Geld – in Art, Menge, Wert und Ausgabepaxis zentral gesteuert wird, dann ist das keine Marktwirtschaft, sondern Planwirtschaft. Kommunismus und Kapitalismus sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Beide Systeme basieren im Kern auf Planwirtschaft und unterscheiden sich nur dadurch, dass es auf der einen Seite ein Zentralkomitee gibt und auf der anderen eine Zentralbank.

Zentralbanken sind jedoch keine gemeinnützigen Institutionen. Sie sind weitgehend das Eigentum der internationalen Plutokratie.

Geld regiert die Welt – aber wer regiert das Geld?

Wer die Kontrolle über das Geld eines Staates hat, der hat auch die Kontrolle über den Staat, nur leider ohne vom Volk gewählt worden zu sein. Dabei ist es völlig egal, ob Kapitalismus oder Kommunismus eingesetzt wird, um das jeweilige Volk auszuplündern. Entscheidend ist einzig und allein, ob der Staat sich der zuständigen Zentralbank unterordnet oder nicht.

Eigentlich müsste ein Staat überhaupt nicht verschuldet sein und ständig Zinsen zahlen, denn er könnte ja eigenes Geld herausgeben. Doch angeblich musste verhindert werden, dass der Staat unbegrenzt Geld druckt und Inflation erzeugt. Deshalb wurde diese Macht in

die Hände des privaten Bankensystems gegeben, welches seither genau das Gleiche tut, nur leider nicht im öffentlichen, sondern im eigenen Interesse.

Geld entsteht in den Zentral- und Geschäftsbanken, bei deren Eigentümern alle Fäden zusammenlaufen. Die Herren des Geldes haben die Macht, Geld aus dem Nichts zu schöpfen. Sie bestimmen, wer es bekommt und was dafür zu tun ist. Sie kaufen damit alles und jeden:

- die Medien, die dem Volk Lügen und Meinungen präsentieren
- die Politiker, die die gewünschten Gesetze beschließen
- die Gerichte, die sie niemals verurteilen
- die Polizei, die sie beschützt
- die Soldaten die für sie Kriege führen
- die Waffen, mit denen ihre Soldaten töten

Wenn ein Staat keine eigene Währung hat und deshalb ständig Kredite braucht, dann ist er genauso wie Unternehmen oder Bürger von den Geldgebern abhängig. Ein verschuldeter Staat ist immer fremdbestimmt. Er kann gar nicht im Interesse seiner Bürger handeln, sondern muss den Interessen der Geldverleiher dienen. Die Staatsgewalt geht also nicht gemäß Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes vom Volke aus, sondern von der übergeordneten Geldmacht – der Plutokratie.

Einer der wichtigsten Geldherrscher seiner Zeit, Mayer Amschel Rothschild, soll bereits im 18. Jahrhundert gesagt haben: *„Gebt mir die Kontrolle über die Geldversorgung einer Nation, und es ist mir egal, wer ihre Gesetze macht.“*



Heute basiert das globale Finanzsystem auf dem US Dollar als Weltreservewährung. Durch den Federal Reserve Act von 1913 hat eine Gruppe von Privatpersonen – die Eigentümer der größten privaten Banken – diese Währung unter ihre Kontrolle gebracht. Seit der Gründung der Federal Reserve, kurz Fed, jener privaten amerikanischen Zentralbank, die den Dollar herausgibt, bestimmen sie die Geschicke der Welt. Die Fed ist so mächtig, dass selbst die USA kein Recht hat, ihr in die Bücher zu schauen.

Viele Menschen glauben heute noch, dass der sogenannte „US“ Dollar eine Einrichtung der USA sei. Wenn dem so wäre, dann hätte dieser Staat nicht zig Billionen Dollar Schulden. Im internationalen, überstaatlichen, privaten Finanzsystem ist selbst der Staat USA nur ein abhängiger, weil verschuldeter Teilnehmer.

Der letzte US-Präsident, der die Fed entmachten wollte, hieß John Fitzgerald Kennedy. Kaum bekannt ist, dass er am 4. Juni 1963 Executive Order No. 11110 unterschrieben hat, eine Verordnung, die es der US-Regierung ermöglichte, eigenes, silbergedecktes Geld – die *United States Note* – herauszugeben, anstatt Zinsen für *Federal Reserve Notes* zu bezahlen.



1963 kursierten vorübergehend Dollar-Noten von zwei verschiedenen Emittenten. Original-Exemplare und Abbildungen, die dies belegen, sind auch heute noch leicht zu finden. Sie unterscheiden sich vor allem durch den Schriftzug oben in der Mitte. Auf dem echten US-amerikanischen Staatsgeld steht „*United States Note*“. Auf dem plutokratischen Privatgeld der Fed steht „*Federal Reserve Note*“.

Nach offiziellen Angaben wurde Kennedy am 22. November 1963 durch die magische Kugel eines geistig verwirrten Einzeltäters getötet. Da haben die Herren des Geldes wohl gerade noch einmal Glück gehabt, denn Kennedys Stellvertreter und Nachfolger, Lyndon B. Johnson, hat in seiner ersten Amtshandlung Executive Order No. 11110 ausgesetzt. Das Staatsgeld wurde umgehend aus dem Verkehr gezogen, und seither hat sich kein US-Präsident mehr in die höhere Politik eingemischt.

Nicht nur in den USA gab es schon vergeblichen Widerstand gegen die internationale Plutokratie. Auch manch ein souveräner Staat, der sich dem globalen Schuldgeldsystem nicht unterordnen, sondern lieber sein eigenes Finanz- und Wirtschaftssystem verwirklichen wollte, ist heute Geschichte – zerstört und mit einer Marionettenregierung versehen mit Hilfe der USA, die als Handlanger der internationalen Hochfinanz das herrschende Geldsystem bereits vielen Staaten gewaltsam aufgezwungen hat. Die jungen, dummen, dafür missbrauchten Soldaten dürften nicht gehaut haben, welchen Mächten sie tatsächlich dienen.

Die anschließend verfassten, offiziellen Geschichtsbücher sparen zwar das Thema Geldmacht weitestgehend aus, aber alles andere ist natürlich nur die reine und vollständige Wahrheit. Und falls nicht, dann wäre das wohl die Büchse der Pandora, deren Öffnung man besser denen überlassen sollte, die den Mut haben, gegen die entsprechenden Gesetze zu verstoßen, insbesondere falls Thomas Jefferson mit seiner Aussage Recht haben sollte: „*Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt. Die Wahrheit steht von alleine aufrecht.*“

Im aktuellen Zeitgeschehen wurden bzw. werden gerade der Irak, Afghanistan und Libyen durch alliierte Truppen demokratisiert, in das Dollar-zentrierte Weltfinanzsystem eingegliedert und so zu geldgesteuerten Sklavenstaaten umfunktioniert. Der Iran und andere „*Schurkenstaaten*“ sind gewiss als nächste dran. Falls dort Bestechungen, Wirtschaftssanktionen und Geheimdienstoperationen fehlschlagen und die Völker sich zudem auch noch als resistent gegen westliche Propaganda und Hollywood-Gehirnwäsche erweisen – sich die gewünschten Revolutionen dort also nicht entfachen lassen – dann werden wohl wieder große Terroranschläge stattfinden, oder ein furchtbar böser Diktator

wird wieder die „freie Welt“ bedrohen, wodurch man dann die nächsten Kriege rechtfertigen kann. Die Geschichte wiederholt sich – zumindest solange dieses Geldsystem die Welt regiert.

Alle übernationalen Geldinstitutionen – also IWF, BIZ, Weltbank und die einzelnen Zentralbanken – sind über diverse Ecken in Privatbesitz. Dass es kein Staatsgeld, sondern nur Privatgeld gibt, erkennt man schon allein daran, dass andernfalls nicht alle Staaten verschuldet wären. Die Staaten sind in diesem System nur Abteilungen der übergeordneten Plutokratie. Sie sind Handlanger der internationalen Privatbankiers und dienen als ihre bewaffneten Arme dazu, die Völker der Erde zur Verwendung des Privatgeldes als „gesetzliches Zahlungsmittel“ zu zwingen und andere Völker, die sich nicht unterordnen wollen, notfalls gewaltsam zu unterwerfen.

Massenmedien als Machtinstrument

Geld regiert zwar die Welt, aber nicht ohne Hilfe der Medien. Doch da die Hersteller des Geldes über unbegrenzte finanzielle Mittel verfügen, dürfte es ihnen nicht allzu schwer gefallen sein, alle kapitalintensiven Medien – also Fernsehen, Radio und Presse – unter ihre Kontrolle zu bringen und fortan die „öffentliche Meinung“ nach den eigenen Wünschen zu gestalten.

Alle relevanten Medienkonzerne befinden sich in den Händen einiger Persönlichkeiten, die nicht im Lichte der Öffentlichkeit stehen und deren Namen man in keinem Impressum findet. Auch die „öffentlich-rechtlichen“ Medien gehören nicht den Bürgern, solange der verschuldete Staat gewissen Gläubigern gehört. Über die Werte und Interessen der Medieneigentümer kann man als Medienkonsument nur spekulieren – falls man überhaupt so weit denkt.



Wie in jeder anderen Firma, so herrschen auch in Medienkonzernen und staatlichen Medien hierarchische Strukturen. Jeder Journalist hat seinen Vorgesetzten, der wiederum seine Weisungen von der nächsthöheren Ebene erhält. Jeder Reporter, Nachrichtenvorleser, Moderator, „Promi“, Ressortleiter, Chefredakteur und so weiter ist auf seinen Job angewiesen und hat somit den Weisungen von oben Folge zu leisten. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“ Selbst der Vorstandsvorsitzende eines Medienkonzerns ist nur eine kleine Nummer im Vergleich zum Eigentümer. Wer ausschert wird mundtot gemacht oder fliegt raus.

Viele gutgläubige Menschen begründen zum Beispiel ihren Glauben an die offizielle Darstellung der Ereignisse vom 11. September 2001 damit, dass sie sich einfach nicht vorstellen können, dass alle Journalisten lügen und kein einziger auspackt. Wie naiv diese Vorstellung doch ist! Es ist überhaupt nicht nötig, dass alle Journalisten einer solchen Verschwörung angehören. Die meisten von ihnen hinterfragen die Agenturmeldungen, die sie zu kopieren oder vorzulesen haben, ohnehin nicht. Und investigative Journalisten, die den Charakter, das Selbstbewusstsein und den Mut haben, sich gegen den Mainstream zu erheben, sind rar und meist arbeitslos, so dass man sie einfach nicht zu Gesicht bekommt. Genau wie in der Politik, so kommen auch im Journalismus nur die hinterhältigsten,

gerissensten, charakterlosesten und verlogenensten Elemente nach oben. Es gilt auch hier die Regel:

- Wer klug und ehrlich ist, fliegt raus oder geht selbst.
- Wer schlau und gerissen ist, spielt mit und steigt auf.
- Wer naiv und folgsam ist, verdient seine Brötchen in den unteren Ebenen.

Die Psychologie der Massen wird von den Gestaltern der „Öffentlichkeit“ perfekt beherrscht. Alle Menschen sind manipulierbar. Gegen die professionellen Methoden der Manipulation ist das Gehirn nahezu chancenlos. Selbst die Hartgesottensten glauben irgendwann die unsinnigsten Botschaften, wenn sie nur ausgeklügelt genug verpackt sind und oft genug wiederholt werden. Viele beginnen sogar, am eigenen Verstand zu zweifeln, wenn scheinbar alle Anderen bestimmte Dinge glauben und tun, während nur man selbst anders ist. Von dieser Gehirnwäsche globalen Ausmaßes können kleine Nummern wie Scientology nur träumen. Selbst die katholische Kirche kann da nicht mehr mithalten.

Wenn Manipulation grundsätzlich nicht funktionieren würde, dann gäbe es doch auch keine Werbepsychologen, weil sie dann nutzlos wären. Das Gehirn eines Menschen – wie intelligent er auch sein mag – ist wie ein Computer ohne Firewall und mit Hintertüren ohne Ende. Die in emotionalen Reizen verpackten Botschaften finden ihren Weg ungefiltert am Verstand vorbei direkt in das limbische System. In diesem Teil des Gehirns, wo Emotionen und Triebverhalten sitzen, entfalten die Signale die gewünschte Wirkung, meist ohne überhaupt bemerkt zu werden. Werbung ist nicht ohne Grund so teuer. Jede Sendesekunde schafft Zugang zu Millionen von ungeschützten Gehirnen, in denen man das gewünschte Verhalten auslösen kann.



Ähnliche Methoden wie in der Werbung werden selbstverständlich auch in der Meinungsmache eingesetzt. Ihr schwerstes Geschütz ist die „öffentliche Diskussion“, bei der natürlich stets nur Vertreter der Systemparteien und Scheinopposition anwesend oder zumindest in deutlicher Überzahl sind. Der Zuschauer bekommt dabei den Eindruck, dass die soziale Gruppe, der er angehört, in einer Versammlung, der er beigewohnt hat, zu einer gemeinsamen Meinung gekommen sei. Er konnte zwar selbst nichts zur Diskussion beitragen und wundert sich, dass niemand seine vermeintliche Außenseitermeinung vertreten hat. Aber der Konformitätsdruck wirkt, und er schließt sich in der Regel der veröffentlichten, vermeintlichen Mehrheitsmeinung an.

Abgerundet wird diese virtuelle Realität dann noch durch die Umfrageergebnisse der „renommierten“ Meinungsforschungsinstitute. Regelmäßig belehren sie uns darüber, wie beliebt bestimmte Politiker sein sollen oder wie das Volk angeblich zu wichtigen Fragen stehen würde. Die gesamte veröffentlichte Meinung dient jedoch ausschließlich dazu, die gewünschte Meinung zu erzeugen.

Millionen Menschen unterliegen permanent dieser Täuschung und leisten dadurch selbst ihren unfreiwilligen Beitrag zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Illusion. Fragwürdige Aussagen von Politikern und Medien führen zu einem Effekt, den man in der

Sozialpsychologie als „*pluralistische Ignoranz*“ bezeichnet. Wenn Menschen sich in der Beurteilung einer Situation unsicher sind, dann neigen sie dazu, zu beobachten, wie andere Menschen sich verhalten. Diese befinden sich jedoch in derselben Schockstarre, und reagieren nicht, was einen selbst wiederum darin bestärkt, ebenfalls nicht zu reagieren.

Selbst wenn ein Fünkchen Wahrheit gelegentlich mal durchsickert, geht dies in der gigantischen, sich stets wiederholenden Informationsflut der Massenmedien einfach unter.

So lässt sich die Herde in jede gewünschte Richtung lenken. Schuldenlüge, al-Qaida, Grippewellen, Klimaschwindel und so weiter sind nur wenige Bausteine des gigantischen Lügengebäudes, in dem die meisten Menschen heute immer noch leben. Die gesamte Weltgeschichte verdient es unter solchen Umständen genauer hinterfragt zu werden. Am schnellsten kommt man der Wahrheit ein gutes Stück näher, indem man einfach zu jeder veröffentlichten Meinung über das glatte Gegenteil nachdenkt. Besser ist es natürlich, genauer zu recherchieren, denn dann erlebt man eine interessante Reise der Erkenntnis, wenn man nach Georg Christoph Lichtenbergs Devise vorgeht: „*Was jedermann für ausgemacht hält, verdient am meisten untersucht zu werden.*“

Diktatur mit freien Wahlen

Die obersten Politiker sind nicht dumm. Das mag für viele überraschend klingen, doch sie sind wirklich gerissen und jeden Cent wert, den sie bekommen – nur leider nicht aus Sicht des Volkes. Man kann zwar nicht der gesamten Parlamentsfüllmasse unterstellen, dass sie wissentlich und absichtlich handelt, wenn sie jeden ihr vorgelegten Hochverrat wie befohlen abnickt. Aber die Spitzenpolitiker wissen sehr genau, was gespielt wird und wem sie zu dienen haben. Das Volk darf seine Gegner in den Parlamenten keinesfalls unterschätzen. Diese Staatsfeinde vertreten die Interessen der Geldhersteller und -verleiher, was man auch leicht daran erkennen kann, wofür Rettungspakete in hundertfacher Milliardenhöhe auf Rechnung der Steuerzahler spendiert werden und wofür nicht. Doch bei den meisten Menschen ist das so noch gar nicht angekommen.

Die entscheidende Rolle dabei spielen natürlich die Massenmedien. Eine Ausnahme stellt zurzeit noch das Internet dar. Dementsprechend wird es auch keine Überraschung sein, wenn mit fadenscheinigen Argumenten die allgemeine Internet-Zensur eingeführt wird. Dann wird jeder Politiker, der es wagen sollte, etwas dagegen zu unternehmen, als Befürworter von Kinderpornographie an den Pranger gestellt werden. So müssen sich die Politiker sogar noch ihr eigenes Grab schaufeln, indem sie die allgemeine Internet-Zensur einführen und dann erst recht von den Meinungsmachern abhängig bleiben.

Alle Politiker sind auf wohlwollende Massenmedien angewiesen, um ein bestimmtes Amt und die damit verbundenen Privilegien zu erlangen. Sie brauchen die „*öffentliche Meinung*“ auf ihrer Seite und richten all ihre Handlungen daraufhin aus. Es gibt jedoch keine „*öffentliche*“, sondern nur eine „*veröffentlichte*“ Meinung, die von den Eigentümern der Massenmedien erzeugt wird. Damit haben sie die Macht, jede beliebige Person in jedes beliebige Amt zu setzen, dort zu steuern und bei Bedarf wieder daraus zu entfernen.

Darum ist es auch völlig irrelevant, wer für welches Amt als Marionette dient. Alle Politiker müssen gehorchen. Doch das fällt ihnen nicht schwer, denn sonst wären sie ja nicht so weit gekommen. Während einer gesamten politischen Laufbahn herrscht das Prinzip der

negativen Selektion: Zum Erreichen der lukrativsten Posten braucht man vor allem Eigenschaften wie Schauspielerkönnen, Charakterlosigkeit, Gerissenheit, Habgier und Geltungsdrang. Von Systempolitikern kann man nichts erwarten. Sie sind weder dazu ausgebildet, noch fähig, noch willens, irgendetwas anderes zu tun, als die Interessen ihrer Förderer zu vertreten, sei es wissentlich oder aus Dummheit.

Neue Ideale haben keine Chance. Viele neue Parteien träumen davon, was sie alles bewirken würden, wenn sie nur das Interesse der „Öffentlichkeit“ auf sich ziehen könnten. Doch die veröffentlichte Meinung ist ein Machtinstrument! Und derartig mächtige Werkzeuge kann man nicht mal eben schnell an sich reißen! Daher ist es auch völlig sinnlos, sich in irgendeiner der vielen neuen Parteien zu engagieren, die sich allesamt stets darüber wundern, dass sie keinerlei Beachtung bekommen. Das System erhält sich selbst. Zuerst muss man systemkonform werden, dann bekommt man wohlwollende Medienberichte, und erst dann darf man vielleicht mal Regierung spielen. Das ist auch der Grund, warum jede Regierung im Wesentlichen immer das Gleiche tut:

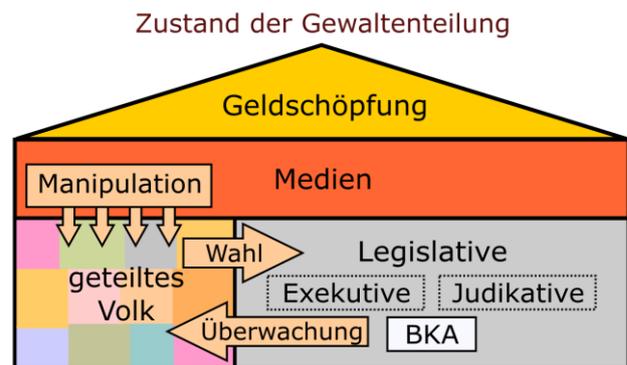
- **Teile und herrsche:** Die Parteien haben vor allem die Aufgabe, die Zinssklaven in Untergruppen einzuteilen und deren Interessen dann gegeneinander auszuspielen: Mann gegen Frau, Jung gegen Alt, geringverdienende Zinssklaven gegen besserverdienende Zinssklaven, Inländer gegen Ausländer, Christen gegen Moslems, Raucher gegen Nichtraucher, Linke gegen Rechte, Dicke gegen Dünne, Homo gegen Hetero, Hund gegen Katz und so weiter und so fort. Sollen die einen mehr Steuern oder Pflichten bekommen oder die anderen mehr Transferleistungen und Rechte oder umgekehrt? Täglich wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben, damit Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbständige, Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Rentner sowie Minderheiten gleich welcher Art bloß nicht bemerken, dass sie alle zur Gruppe der Zinssklaven gehören, während die Feudalherren und ihr Geldsystem vom Parteienkartell stets unbehelligt bleiben.
- **Brot und Spiele:** Staatliche Transferleistungen sind das moderne Brot. Und auch die Spiele wurden mittlerweile perfektioniert. Niveaulose Unterhaltung zur Volksverdummung, Casting-Shows zum Fremdschämen, subtile Botschaften in Filmen zur Erziehung und manipulative Musik im Radio zur Sedierung wirken wie psychologische Massenvernichtungswaffen. Und selbst die kritischsten Denker haben es schwer, wenn sie an die Informationen, die sie zum Nachdenken bräuchten, einfach nicht herankommen. Stattdessen werden sie durch Fehlinformationen in Lehrmeinung, Büchern und Dokumentationen in die Irre geführt und durch unnütze und verdrehte Nachrichten in Fernsehen, Radio und Presse abgelenkt.

Das Volk muss schließlich geteilt, satt, dumm, gleichgültig und bei Laune gehalten werden. Henry Ford (1863 - 1947) sagte seinerzeit: *„Würden die Menschen verstehen, wie unser Geldsystem funktioniert, hätten wir eine Revolution – und zwar schon morgen früh.“*

Man bekommt zwar viele Informationen kostenlos, jedoch kaum eine ist umsonst. Irgendwer profitiert immer davon und finanziert sie. Meistens tun das natürlich diejenigen, die über das nötige Geld verfügen oder es gar selbst herstellen. Sie steuern die Medien und die Politik und treiben so die Verdummung des Volkes immer weiter voran, bis eines Tages niemand mehr erkennt, dass die Wurzel allen Übels in der zinsbelasteten

Geldschöpfung durch Privatbanken und der daraus resultierenden, allen Staaten übergeordneten Plutokratie liegt.

Das Modell der Gewaltenteilung funktioniert noch nicht einmal bei den drei Gewalten, für die es ursprünglich konzipiert wurde: Exekutive und Judikative sind fremdbestimmt durch die Legislative. Und das BKA hat sich Befugnisse aller drei Gewalten verschafft und sich dadurch im Stil von Gestapo und Stasi gleich ganz von jeglicher Legitimationspflicht abgekoppelt.



Artikel 20, Absatz 2, Grundgesetz:
„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“

Doch unabhängig davon stehen über diesen drei Gewalten noch zwei wesentlich stärkere, nämlich Geldschöpfung und Medien.

Den meisten Menschen ist noch gar nicht aufgefallen, dass nach jeder Wahl weitgehend die gleichen Politiker in den Parlamenten sitzen. Diese Personengruppe als Ganzes kann man als Einheitspartei betrachten, die lediglich in verschiedene Flügel eingeteilt wird. Die sogenannten Parteien sind tatsächlich nur Subparteien. Wie in der früheren DDR bekommt „die Partei“ auch heute stets über 95 Prozent der Wählerstimmen.

Die Massenmedien haben das Wahlvolk dabei so gut unter Kontrolle, dass Wahlfälschungen erst gar nicht nötig werden. Rückständige Diktaturen manipulieren Wahlen, moderne Diktaturen manipulieren die Wähler. Letzteres ist nicht nur unauffälliger und effizienter, sondern sorgt sogar noch dafür, dass ein Verdacht auf Wahlfälschungen erst gar nicht aufkommt und regimekritische Demonstrationen von Anfang an gar keinen Nährboden finden.

Wahlen dienen nur dazu, die Illusion von der Demokratie aufrecht zu erhalten. Und wer nicht wählen will, dessen Stimme wird automatisch durch „die Partei“, also die CDUCSUSPDFDPGrünenLinke, per Umlageverfahren gestohlen. Hat ein Parlamentarier erst einmal seinen Sitz ergattert, dann kann ihm praktisch nichts mehr passieren – solange er nicht gegen die echte Regierung vorgeht, versteht sich. Als einer von Tausenden von Parlamentariern in Bund, Ländern und Gemeinden muss er dann nur noch Gesetzesvorlagen abnicken, ist bis zum Lebensende reichlich versorgt und trägt für die Folgen seiner Handlungen nicht die geringste persönliche Verantwortung.

Aber ein Problem haben diese Parlamentsparasiten:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Für diesen Meineid werden sie sich zu gegebener Zeit zu verantworten haben.

Fazit: Steuerboykott

Gemäß Grundgesetz Artikel 20 soll die Staatsgewalt vom Volke ausgehen und nicht von übergeordneten Geldmächten. Würde diese verfassungsmäßige Ordnung tatsächlich komplett gelten und auch nicht durch Politiker immer weiter beseitigt werden, dann wäre ein Steuerboykott gar nicht nötig. Ein Aufruf zum Steuerboykott unter Berufung auf das in Artikel 20 Absatz 4 verankerte Widerstandsrecht ist nur dann erforderlich, wenn Politiker den Boden des Rechts verlassen. Dann allerdings, wenn der Staat sich selbst nicht mehr an die eigenen Gesetze hält, schwindet auch die Möglichkeit, derartigen Widerstand zu leisten.

Dieses Dilemma, dass ein Aufruf zum Steuerboykott in einem Rechtsstaat zwar möglich aber nicht erforderlich ist, während er in einem Unrechtsstaat erforderlich aber nicht möglich ist, erfordert eine gewisse Vorsicht bei entsprechenden Aufrufen. Während chinesische Dissidenten für staatskritische Äußerungen im Gefängnis landen und einen Nobelpreis erhalten, landen deutsche Dissidenten nur im Gefängnis, und niemand hört von ihnen.

Selbst die höchsten Vertreter der westlichen „Demokratien“ müssen sich bei den Betreibern des privaten Finanzsystems verschulden, sind also von ihnen abhängig. Einen echten Rechtsstaat kann es aber nur dann geben, wenn der Staat und seine Vertreter nicht von Banken, Konzernen und Medien abhängig sind, also nur nachdem ein Finanz- und Steuersystem eingeführt wurde, das nicht einer übergeordneten Geldmacht, sondern dem Volke dient. Alle etablierten Politiker können, dürfen, wollen und werden das niemals tun, denn dadurch würden sie sich den Ast absägen, auf dem sie alle selbst sitzen.

Demokratie unter einem kapitalistischen System ist eine Illusion. Kapitalismus heißt – wie der Name schon sagt – „Herrschaft des Kapitals“ ... und nicht „Herrschaft des Volkes“! Nach dem Ende der Monarchie wurde keine Volksherrschaft errichtet, sondern eine Plutokratie – eine Herrschaft des Kapitals. Die Macht geht nicht vom Volke aus, sondern vom Gelde. Der Volksmund bringt es auf den Punkt: „Geld regiert die Welt.“ Aber da Geld keine öffentliche, gemeinnützige Einrichtung ist, sondern das private System einiger internationaler Geldherrscher, liegt dort das Zentrum der Macht.

Die Staaten in ihrer heutigen Form sind lediglich die bewaffneten Arme der Geldmacht und setzen unter Zwang und mit Gewalt durch, dass die Völker ein bestimmtes, privilegiertes Privatgeld als „gesetzliches Zahlungsmittel“ akzeptieren. Und da dieses nur durch Verleih in Umlauf kommt, also mit Zins und Zinseszins stets mehr Geld zurückgefordert wird, als es überhaupt gibt, werden die Völker der Erde über Generationen hinweg verschuldet und versklavt und müssen für alle Zeiten für Steuern und Zinsen schuften.

Der Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder (1883 - 1941), dessen Zinskritik 1933 von Kapitalisten, Kommunisten und Nationalsozialisten gleichzeitig bekämpft wurde, hatte bereits 1919 in seinem Buch „Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“ festgestellt: „Die Brechung der Zinsknechtschaft gibt uns die Möglichkeit, die Aufhebung aller direkten und indirekten Steuern zu betreiben. Hört es, Ihr werteschaffenden Menschen aller Länder, aller Staaten und Kontinente, alle aus direkten und indirekten Quellen fließenden Staatseinnahmen fließen restlos in die Taschen des Großleihkapitals. Die Erträge der werbenden Staatsbetriebe, als da sind Post, Telegraph, Telefone,

Eisenbahn, Bergwerke, Forsten usw. reichen vollkommen aus, um alle notwendigen Staatsaufgaben für Erziehung, Bildung, Rechtspflege, Verwaltung, soziale Fürsorge daraus bestreiten zu können.“ Auch heute noch hätten wir immense Einnahmen aus den Staatsbetrieben, wenn man dieses Volksvermögen nicht „privatisiert“, also es den Geldherren nicht zugeschanzt hätte.

Das permanente Wachstum von Schulden wurde fest in unser Finanzsystem eingebaut. Die „Staatsverschuldung“ und die daraus resultierenden Zinsen sind ein Instrument zur Enteignung des Volkes. Dieses Finanzsystem durch immer mehr Schulden und Steuern zu erhalten, wird von den Systempolitikern als „alternativlos“ bezeichnet. Doch dies geschieht ausschließlich in ihrem eigenen Interesse und nicht im Interesse der Allgemeinheit. Dadurch führen die Parlamentarier den Staat zwangsläufig immer tiefer in die Verschuldung und folglich in die Phase des Faschismus.

In Deutschland haben die Steuerzahler seit Gründung der Bundesrepublik insgesamt rund zwei Billionen Euro Zinsen auf Staatsschulden bezahlt, weil der Staat Kredite aufnehmen musste, um eine Währung in Umlauf zu bringen und zu halten. **Ohne diese unnötige Gebühr für die Benutzung eines privaten, überstaatlichen Geldsystems wäre der Staat heute schuldenfrei.** Jeder fünfte Steuer-Euro ist mittlerweile für diese als Zinsen bezeichnete Geldgebühr zu entrichten. Die Politiker begrenzen alle Staatsausgaben, nur nicht die Zinsen. Und wegen dieser Kosten betonen sie auch immer wieder, dass sie für andere Dinge keinen Spielraum hätten, den es allerdings gäbe, wenn der Staat unter einer kompetenten Führung das Emissionsrecht für Geld selbst beanspruchen würde, anstatt sich dem internationalen Finanzkapital unterzuordnen.

Wie schon zu Zeiten der Fuggers, von denen sich die Monarchen Geld leihen mussten, so müssen auch heute die von den Geldherren und ihren Medien eingesetzten Politikdarsteller den Staat bei den Betreibern des Finanzsystems verschulden, sich und den Staat also unterordnen. Dies steht allerdings in Widerspruch zu Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes, wonach die Staatsgewalt nicht von internationalen Bankiers, sondern vom Volke auszugehen hat, welches sich keiner höheren Macht unterordnen muss. Unter solchen Bedingungen wäre der Staat aber nie in die Schuldenfalle geraten. Dieser Logik folgend könnte man eigentlich **die gesamte „Staatsverschuldung“ als verfassungswidrig und nichtig** erklären, wenn man es nur wollte.

Die Beseitigung dieser Missstände wird ohne einen außerparlamentarischen Auslöser kaum möglich sein, denn das etablierte Machtsystem wird sich schließlich nicht einfach so selbst beseitigen. Vielmehr werden seine Nutznießer, die naturgemäß gewiss keine Altruisten sind, alles dafür tun, ihre Privilegien zu verteidigen. Will man einen Sumpf trockenlegen, so darf man nicht die Frösche fragen – und es nützt auch nichts, selbst einer zu werden.

Ein möglicher, friedlicher Ausweg liegt in einem Steuerboykott, dessen Zweck es aber nicht ist, einen Rechtsstaat zu schwächen oder Chaos auszulösen, sondern einen Marionettenstaat zu beseitigen und Platz für einen gemeinnützigen, echten Rechtsstaat zu schaffen, eine Republik, die nicht den Interessen einer übergeordneten Finanzmacht dient, sondern allein den Interessen des Volkes. Ein Steuerboykott kann den Staat aus den Klauen der Geldherren befreien, denn wenn der Sklavenstaat bankrott ist, dann gehen seine Eigentümer leer aus, und die Sklaven sind frei!

Wenn sich die produktiv arbeitenden Menschen außerhalb des bestehenden Systems neu organisieren, dann können sie die Früchte ihrer Arbeit wieder selbst ernten und müssen im Vergleich zu heute nur noch einen Bruchteil ihrer Lebenszeit mit Arbeit verbringen. Pech haben dann nur die wenigen Zeitdiebe, die derzeitigen Machthaber, die dann etwas kennenlernen werden, was sie noch nie erlebt haben: echte, produktive Arbeit.

Wer dem Staat der Zins- und Steuersklaven entkommen will, der geht vielleicht ins Ausland – falls er noch einen Staat findet, in dem die Situation besser ist und vor allem auch bleiben wird. Viele gute Leute sind leider schon gegangen und haben festgestellt, dass es in anderen Ländern auch nicht anders läuft und dass sie dort als Fremde dann nicht einmal mehr die Legitimation haben, sich gegen das System zu erheben. Durch Auswandern erlangt man keine Freiheit. Dieser Kampf muss zuhause ausgefochten werden.

Aufklärung über die beschriebenen Missstände findet man heute immer häufiger. Doch kaum jemand geht einen Schritt weiter und gibt Lösungsansätze. Diese Lücke wird im Folgenden geschlossen.

Unterstützung durch Mitbürger im Staatsdienst

Äußerst wünschenswert wäre es, wenn ein Steuerboykott gar nicht erst notwendig wäre, wenn zum Beispiel alle Beamten gewissenhaft ihre Pflichten erfüllen und dem kriminellen Treiben von Politikern nicht mehr tatenlos zusehen würden. Alle Staatsdiener – insbesondere Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter – hätten spätestens bei dem illegalen Ankauf von gestohlenen Bankdaten durch die Regierung oder bei den rechtswidrigen Finanzhilfen für Banken und andere Staaten das Recht und die Pflicht gehabt, die beteiligten Politiker auch ohne Aufhebung ihrer Immunität unmittelbar zu verhaften.

Laut Grundgesetz genießen Abgeordnete des Bundestages Immunität, was sie vor Strafverfolgung schützt. Die Polizei darf nur dann wegen einer mutmaßlichen Straftat ermitteln und einen Parlamentarier verhaften, wenn der Bundestag dem zustimmt und die Immunität aufhebt, **es sei denn, er wird unmittelbar oder am Tag nach der Tat festgenommen.**

Die Verhaftung der beteiligten Politiker wäre zum Beispiel sofort nach dem Ankauf der Fehlerdaten-CD (StGB §§ 129, 259 und 260) oder nach der Zustimmung zur Griechenlandhilfe (mehrfacher Verstoß gegen EU-Recht und das Grundgesetz) nicht nur möglich, sondern die oberste Pflicht aller Beamten gewesen. Es bleibt die Hoffnung, dass die Staatsdiener bei der nächsten Straftat der Politiker nicht mehr wegsehen, sondern spätestens dann ohne zu zögern handeln.

Doch auch heute noch haben die Staatsdiener wie alle anderen Bürger auch gemäß **Grundgesetz Artikel 20 Absatz 4** das Recht, gegen Politiker vorzugehen, die die verfassungsmäßige Ordnung beseitigen. Als Staatsdiener sollte man sich sogar dazu verpflichtet sehen und die Politiker notfalls schlicht verhaften. Diese Maßnahme mag außergewöhnlich wirken, aber Recht ist Recht. Der rechtswidrige Transfer von deutschen Steuergeldern an Banken und ausländische Regierungen, die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung und viele andere von den Politikern begangene Verbrechen gegen das Volk sollte man nicht nur als illegal betrachten, sondern darüber hinaus noch als Hochverrat.

Wenn aufrechte Bürger ihr durch das Grundgesetz gegebene Recht auf Widerstand ausüben, indem sie beispielsweise die Steuerzahlungen an das Unrechtsregime einstellen, dann sollte jeder Beamte gut überlegen, ob er diesen Verfassungsschützern wirklich durch Zwang oder gar mit Gewalt das Geld abnehmen will, um es dann den Politikern für ihre Machenschaften zur Verfügung zu stellen. Wer als Beamter Rechtsbruch und Hochverrat von Politikern unterstützt, der verrät das Grundgesetz, das er eigentlich verteidigen sollte. Die Nürnberger Prozesse könnten nicht die letzten Prozesse ihrer Art gewesen sein. Man sollte sich rechtzeitig auf die richtige Seite stellen, auf die Seite von Recht und Gerechtigkeit, Vernunft und Gewissen.

Wer als Beamter seine Pflichten nicht rechtzeitig erfüllt, der muss sich nicht wundern, wenn es zu spät ist und er den Schießbefehl auf das eigene Volk erhält, der über den Lissabon-Vertrag bereits vorbereitet wurde! Doch solange von Seiten der Staatsdiener keine Unterstützung kommt, kann sich das Volk notfalls anders zur Wehr setzen.

Aktiver Steuerboykott per Rechtsweg und Zahlungsstopp



Das Steuersystem der BRD ist so kompliziert und enthält so viele Lücken und Fehler, dass eine exakte Steuererklärung und eine gesetzeskonforme Besteuerung völlig unmöglich sind. Nicht umsonst werden alle Steuerbescheide nur noch mit einem Vorläufigkeitsvermerk ausgestellt. Es fehlt darauf auch die Unterschrift eines persönlich haftenden Beamten, während andererseits jegliche Staatshaftung gemäß § 839 BGB ausgeschlossen ist. Die BRD wälzt so die Verantwortung auf den kleinen Beamten vor Ort ab, und dieser entzieht sich dann durch die fehlende Unterschrift seiner Pflicht, mit seinem gesamten Privatvermögen für eventuelle Schäden zu haften. Allein aus diesen Gründen könnte man in einem Rechtsstaat bereits jegliche Steuererklärung und -zahlung verweigern.

Politiker verwenden die Steuergelder zum Teil für kriminelle Handlungen. Mit Steuergeld wurden zum Beispiel gestohlene Bankdaten angekauft, was gemäß Strafgesetzbuch unter anderem den Straftatbestand der Hehlerei erfüllt. Wer Steuern zahlt, macht sich dadurch der Beihilfe schuldig. Wer Steuern eintreibt, nötigt ehrliche Bürger, sich an solchen Straftaten zu beteiligen und macht sich dadurch ebenfalls strafbar – zumindest theoretisch in einem Rechtsstaat.

Auch aus Gewissensgründen könnte man eigentlich alle Steuerzahlungen verweigern, denn mit Hilfe dieser Gelder wird unter anderem in Afghanistan ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg geführt, bei dem schon viele unschuldige Menschen umgebracht wurden. Die Steuerzahler bezahlen Waffen und Munition, mit denen dies geschieht. Sie werden gezwungen, Beihilfe zum Mord zu leisten. Aber eigentlich steht die im Grundgesetz verankerte Gewissensfreiheit über dem Steuerrecht. Doch auch für diese Argumentation wird man von der BRD-Justiz gnadenlos verfolgt.

Es ist auch höchst umstritten, ob die BRD-Regierung völkerrechtlich überhaupt dazu legitimiert ist, über das hier ansässige Volk zu herrschen, denn dieses hat seit der sogenannten Wiedervereinigung noch nicht über eine gemeinsame Verfassung abgestimmt. Und falls das Grundgesetz von 1949 tatsächlich für die zusammengefassten

Gebiete der ehemaligen BRD und DDR gelten sollte, dann besteht gemäß Artikel 20 Abs. 4 ein Recht auf Widerstand, wenn die verfassungsmäßige Ordnung beseitigt wird, was momentan zweifelsfrei geschieht.

Das Zahlen von Steuern kann man unter solchen Umständen – rein rechtlich – eigentlich nur als freiwillig betrachten. Den Schutzgeldeintreibern ist all dies natürlich egal, und wer sich mit ihnen anlegt wird schnell abgestraft.

Bertolt Brecht wird das Zitat zugesprochen: *„Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“*

Theoretisch hat man angesichts der klaren Sachlage schon lange das Recht und die Pflicht, Widerstand zu leisten, indem man zum Beispiel alle Steuerzahlungen einstellt. Die Steuerzahler, insbesondere die Unternehmen, die die Einkommenssteuer, die Umsatzsteuer und die Mineralölsteuer kontinuierlich an die Systemvertreter abführen, könnten alle Zahlungen ab einem bestimmten Stichtag kollektiv einstellen und dem Regime dadurch kurzfristig den Mittelzufluss weitgehend zudrehen.

Praktisch würden die Steuerverweigerer dabei jedoch existentielle Risiken eingehen – zumindest solange die sogenannten „*Staatsdiener*“ noch den Banken und Politikern dienen anstatt dem Staat. Auch eine massenhafte Beteiligung ist extrem schwierig zu realisieren, solange die gesteuerten Massen noch auf ihren Fernseher hören anstatt selbst zu denken. Zuerst würden die Mainstream-Medien solche Bestrebungen vollständig verschweigen und aus der veröffentlichten Diskussion fernhalten. Sollte dies später nicht mehr gelingen, würden die Meinungsmacher die veröffentlichte Meinung schnell gegen die „*Steuer-Terroristen*“ aufbringen und eine breite Beteiligung am aktiven Steuerboykott zu verhindern wissen.

Die BRD ist **kein Rechtsstaat!** Sie ist nicht zimperlich, wenn es darum geht, ihr Schutzgeld notfalls auch gewaltsam einzutreiben. Wehe dem, der die Frechheit besitzt, sich auf den Rechtsstaat zu berufen! Die ferngesteuerte Regierung verfügt über Exekutive und Judikative. Sie besitzt das Gewaltmonopol und wird es in letzter Konsequenz auch einsetzen. Wenn die Exekutive schließlich mit Waffengewalt anrollt, um die Steuern einzutreiben, dann nützt es nichts, sich hinter dem Grundgesetz zu verstecken, denn die von der Regierung ebenfalls kontrollierte Justiz wird niemals zugeben, dass sie abhängig ist, dass die verfassungsmäßige Ordnung entweder ohnehin nie gegeben war oder aber beseitigt wird und dass die Staatsgewalt nicht vom Volke ausgeht, sondern vom Gelde.

Da der aktive Steuerboykott aufgrund der bestehenden Machtstrukturen für alle Mitstreiter sehr gefährlich ist, stellt sich die Frage, mit welchen Methoden man durch passiven Widerstand in Steuerboykott treten kann.

Passiver Steuerboykott und Systemboykott

Mahatma Gandhi sagte einmal: *„Ziviler Ungehorsam wird zur heiligen Pflicht, wenn der Staat den Boden des Rechts verlassen hat.“*

Der produktive Teil der Bevölkerung arbeitet in der Regel für Giralgeld. Und dadurch versorgt er primär den unproduktiven Teil, also Feudalherren, Bankster, Versicherungen, Politiker, Juristen, Pensionäre und alle anderen Transferempfänger. Ein systemkonformer

Klempner muss zum Beispiel einen ganzen Tag lang arbeiten, um mit seinem Nettolohn nur eine Stunde seines systemkonformen Malerkollegen bezahlen zu können – und umgekehrt. Hätten die beiden außerhalb des Systems gehandelt, also ihre Arbeitsleistung direkt ausgetauscht, ohne den Umweg über Bankengeld, hätte jeder mit nur einer Stunde Arbeit den gleichen Nutzen bekommen und den Rest des Tages frei gehabt.

Die effektivste Form des passiven Widerstands besteht darin, dass sich alle produktiv arbeitenden Menschen zu Netzwerken zusammenschließen, in denen sie nur echte Leistungen von privat zu privat (nicht gewerblich!) austauschen, alternative Währungen einsetzen und hierfür kein Bankengeld mehr benutzen, welches schließlich leistungslos entsteht. Die Mitglieder solcher Netzwerke könnten sich so gut selbst und gegenseitig versorgen, dass ihr Arbeitsaufwand auf einen Bruchteil des heutigen schrumpfen würde. Menschen, die von der Regierung und vom schuldbelasteten Geld des Bankensystems unabhängig sind, also zum Austausch von Waren und Dienstleistungen keine Euros, Dollars, Franken und so weiter mehr benutzen, sondern Selbstversorgung, Tauschhandel und Alternativwährungen aufbauen, haben kein steuerpflichtiges Einkommen und benötigen es auch nicht.

Ohne Konfrontation mit den bestehenden Machteliten treten autarke Gemeinschaften aus dem System aus und hinterlassen es am Ende als **leere Hülle**. Bankiers, Geldadel, Konzerneigentümer, Medienfürsten und Politiker können darin dann ohne Volk weitermachen und sich gegenseitig betrügen, belügen, vergiften und versklaven. Und während niemand mehr für sie arbeitet, können sie nur noch ihr wertloses Papier fressen oder ebenfalls austreten und sich dem ehrlichen Volk mit ehrlicher Arbeit anschließen – sofern sie überhaupt für eine nützliche Arbeit zu gebrauchen sind.

Gemäß Grundgesetz gibt es das *Recht*, Widerstand zu leisten – gemäß Naturrecht gibt es sogar die *Pflicht*. Eine indianische Weisheit sagt: „*Wenn jemand ein Problem erkannt hat und nichts zur Lösung beiträgt, ist er selbst ein Teil des Problems.*“ Jeder, der das herrschende Geldregime durch unterlassenen Widerstand unterstützt und als kleines Rädchen im Getriebe des Systems mitwirkt, handelt wider seine natürlichen Pflichten und muss sich zumindest vor seinem eigenen Gewissen dafür verantworten. Heute gibt es bereits Widerstandskämpfer, die sich nach vorne wagen. Wer ihnen heute die Unterstützung verwehrt, wird sich dies möglicherweise in einer neuen Gesellschaftsordnung vorwerfen lassen müssen. Der weitere Verlauf der Geschichte wird auf diese Frage zurückkommen, wie es auch früher schon der Fall war.

10 Methoden des passiven Widerstands

1.) Selbstversorgung, Tauschhandel und Alternativwährungen

Wer sich einen Sachwert selbst schafft, zahlt dafür keine Steuern. Wer ihn privat mit anderen tauscht ebenfalls nicht. Geld benötigt man eigentlich nur, um den Tausch und die arbeitsteilige Wirtschaft zu erleichtern. Theoretisch könnte man alles Mögliche als Geld benutzen, um so dem System zu entkommen. Aber leider zwingt der Staat – als Handlanger der Banken – die Menschen dazu, nur Bankengeld als Tauschmittel einzusetzen, indem er es zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Der Preis für die Benutzung dieses Zahlungsmittels ist die exponentiell steigende Zinslast, die für die umlaufende Geldmenge an die Geld-Mafia zu entrichten ist.

Das „Wunder von Wörgl“, war ein Versuch, während einer Weltwirtschaftskrise ohne Bankengeld zu wirtschaften. Weil das damals dort eingeführte, umlaufgesicherte Geldsystem extrem erfolgreich war, wurde es unmittelbar durch die zuständige Zentralbank und ihren angeschlossenen Staatsapparat verboten. Gewerbsmäßiger Tausch ohne Bankengeld wird durch den bewaffneten Arm der Banken – den Staat – untersagt. Wenn also zum Beispiel ein Gärtner einem KFZ-Mechaniker den Garten richtet und als Gegenleistung das Auto repariert bekommt, dann machen sich beide theoretisch der Steuerhinterziehung strafbar. Unter Privatpersonen ist der Tausch jedoch erlaubt. Jedes **private** Tauschgeschäft schwächt das System.

2.) Abhängige Beschäftigung beenden

Arbeitgeber UND Arbeitnehmer leisten ihren Frondienst für die Geldherren durch Zinsen, Steuern und alle sonstigen Abgaben. Diese Gruppe der Fleißigen zu spalten, war die Idee von Karl Marx, jenem Angehörigen der Geldherren, der ebenso wie die Gewerkschaften niemals den Zins kritisierte. Arbeitnehmer und Arbeitgeber vereinigt Euch! Arbeitsverträge schaden beiden Seiten. Effizienter ist es, als selbständige Unternehmer oder besser noch als Privatleute zusammenzuarbeiten. Das spart die Sozialversicherung und den direkten Steuereinzug von der Quelle. Unter dieser Voraussetzung kann dann auch jeder im Rahmen seiner eigenen Widerstandskraft als Unternehmer die Steuern aktiv boykottieren oder im privaten Rahmen Tauschhandel betreiben.

3.) Nur den nötigsten Geldbedarf im System beschaffen

Schritt 1 und 2 können je nach Beruf und Eigentum an Wohn- und Produktionskapital den Bedarf an Bankengeld erheblich reduzieren. Der übrige Geldbedarf kann je nach persönlichen Fähigkeiten durch wenige Tage offizielle Arbeit im Rahmen der steuerfreien Grenzen beschafft werden. Wer diese Möglichkeiten nicht hat, kann auf staatliche Leistungen zurückgreifen und das System auf diese Weise zusätzlich aushöhlen.

4.) Bankrun und Geldboykott

Wenn nur jeder hundertste Euro von den Bankkonten abgehoben wird, bricht die Macht der Banken zusammen. Politiker und Journalisten haben es durch beispiellose Propaganda bisher geschafft, dies zu verhindern. Während sich die Banken wegen des Ausfallrisikos gegenseitig kein Geld mehr leihen wollten, haben sie die Menschen dazu gebracht, ihr Geld weiterhin auf den Bankkonten zu lassen. Durch diese Kredite der Menschen an die Banken stützen sie das System, das sie versklavt. Der Mindestreservesatz von nur einem Prozent bewirkt, dass man den Banken die Macht, über 100.000 Euro zu verfügen, entziehen kann, indem man nur 1.000 Euro vom Konto abhebt. Hier kann schon jeder Einzelne sehr viel bewirken.

Viele Geldsparer betrachten die Sparzinsen irrtümlich als Erträge. Diese liegen jedoch fast immer unterhalb der echten Inflationsrate, und zusätzlich wird noch die Abgeltungssteuer abgezogen. Geld auf einem Bankkonto zu haben, ist ohnehin keine gute Idee. Es ist dort pfändbar, und auch Banken und Politiker können sich daran bedienen. Bei einer Pleitewelle im Bankensektor mag einem zwar der nominale Betrag erstattet werden, denn dafür bürgt ja der Einlagensicherungsfonds und der Staat. Aber beide haben nicht ansatzweise Geld in dieser Größenordnung. Sie bürgen lediglich mit Inflationsgeld, das nachher nur einen Bruchteil der früheren Kaufkraft hat. Das Gleiche gilt für Lebensversicherungen, Riester-Rente, Rürup-Rente, Rente generell und alle sonstigen

staatlich geförderten oder erzwungenen Vorsorgespenden. Sie sind größtenteils pfändbar, nicht vererbbar, können mit Steuern und Sonderabgaben belegt werden und entwerten sich durch Inflation.

Aber auch alles, was an Börsen gehandelt wird, kann schnell entwertet werden. Alle Börsenkurse werden durch die großen Marktteilnehmer manipuliert. Sie treiben die Kurse wohin sie wollen und haben dadurch immer einen Informationsvorsprung. Die Gewinne und Boni der Großen sind die Verluste der als Kleinanleger bezeichneten Kapitalspender. Nur wer aussteigt und Aktien, Lebensversicherungen, Anleihen, Papiergeld und alle sonstigen Papierwerte in Sachwerte umtauscht, die er im privaten Tauschhandel einsetzen kann, den kümmern derartige Betrügereien nicht länger. Auch die Kaufkraft von Papiergeld wird manipuliert, eine Zentralbank kann eine Währung jederzeit beliebig abwerten und benötigt dazu noch nicht einmal die Zustimmung der sogenannten Volksvertreter. Nur echte Waren und Dienstleistungen lassen sich nicht manipulieren, solange man ihren Wert nicht am willkürlich bewerteten und innerlich wertlosen Bankengeld misst. Einige Sachwerte – zum Beispiel Edelmetalle – eignen sich außerdem hervorragend als Alternativwährung. Marktwirtschaftliche Mechanismen werden automatisch dafür sorgen, dass sich das attraktivste Zahlungsmittel etablieren wird.

5.) Boykott der „systemrelevanten“ Banken und Versicherungen

Alle „systemrelevanten“ Banken und Versicherungen sind das Eigentum jener Klasse, die schon seit Generationen niemals arbeitet. Trotz allem wird man vorerst noch ein Konto oder eine Versicherung brauchen, aber bitte nicht bei den großen Konzernen, sondern allenfalls bei Volksbanken, Sparkassen und kleinen Versicherungsgesellschaften. Auf Kredite sollte man natürlich generell verzichten.

Versicherungskonzerne sind im Prinzip nichts anderes als eine Zusammenballung von Juristen, Statistikern und Verkäufern, deren Aufgabe ausschließlich darin besteht, den Profit ihres Konzerns zu maximieren. Sie kreieren und verkaufen Verträge, aus denen für ihre Opfer nur Beiträge entstehen, während Leistungen weitestgehend ausgeschlossen werden. Über ihre Kontakte in die Politik schreibt sich die Versicherungs-Mafia die Gesetze, durch die sie eigentlich reguliert werden sollten, einfach selbst. Die meisten Versicherungen sind staatlich gedeckter Betrug und daher soweit es geht zu meiden.

6.) Boykott der Konzerne durch Regionalisierung

Die meisten Weltkonzerne sind das Eigentum der Strippenzieher im Hintergrund und schöpfen ihre Macht und Profite aus Ausbeutung, Kinderarbeit, Krieg, Umweltzerstörung und Korruption. Wer all dies nicht unterstützen will, sollte ihre Produkte meiden, auch wenn sie noch so billig und verlockend erscheinen.

Alternativen bieten Wochenmärkte und regionale Hersteller, von deren Moral man sich vor Ort noch selbst überzeugen kann. Dies belebt die regionale (Tausch-)Wirtschaft und ist nebenbei auch besser für die Gesundheit. Wer dann noch auf das hormonverseuchte, zusammengeklebte Gammelfleisch der Supermärkte und Fastfood-Tierquäler verzichtet, tut nicht nur sich selbst, sondern auch den Tieren und der Umwelt einen riesigen Gefallen.

7.) Boykott der staatlich vorgeschriebenen Drogen

Jeder Bürger hat die staatlich garantierte Freiheit, so viele Drogen zu nehmen, wie es seine eigene Sucht bestimmt. Der Staat fördert sogar die Herstellung sowie Werbung und

Vertrieb, allerdings nur solange es sich um die legalen Drogen Alkohol, Nikotin und Koffein handelt. Nur diese sind gesund für die Konzerne und die Steuereinnahmen. Durch den staatlich kontrollierten Drogenhandel wird erzwungen, dass nur besteuerbare Monopoldrogen konsumiert werden und keine Konkurrenz durch weniger schädliche, billigere oder gar steuerfreie Alternativen wie zum Beispiel Hanf aufkommt. Wer zu schwach ist, um drogenfrei zu leben, hat nur die Wahl zwischen staatlich vorgeschriebenen oder illegalen Drogen. Wer jedoch stark und selbstbewusst ist, wer dem Konformitätsdruck widersteht und die Welt unvernebelt sehen will, der verzichtet natürlich komplett auf alle Drogen, erhält seine Gesundheit und erkennt mit klarem Kopf die Dinge, die anderen verborgen bleiben (sollen).

8.) Boykott der Pharmakonzerne durch alternative Medizin

Man muss kein Mediziner sein, um eines zu wissen: Alle Produkte der Pharmakonzerne dürfen aus wirtschaftlicher Sicht niemals heilen. Sie müssen abhängig machen und neue Krankheiten auslösen. Nur dann sind sie rentabel. Der Einfluss der Pharma-Mafia auf die Politik und die Inhalte des Medizinstudiums ist immens. Wer noch ohne deren Medikamente halbwegs überlebensfähig ist, sollte sich keinesfalls auf die langsame Todesspirale der Abhängigkeit von der Pharmaindustrie einlassen. Der Bedarf an Heilung wird durch die Punkte 6 und 7 schon erheblich reduziert. Für alles Weitere bringt alternative Medizin meist den größeren Nutzen.

9.) Boykott der System-Medien

Um einen Medienkonzern zu besitzen, benötigt man enorme Mengen an Kapital. Die heutige Pressefreiheit ist die Freiheit der Geldherrscher, ihre Weltanschauung zu verbreiten und die Völker zu lenken. Von oben herab wird über hierarchische Strukturen gesteuert, worüber und wie in Fernsehen, Radio und Presse zu berichten ist. Die Antwort heißt: Alles abschalten, abmelden, nebenbei noch Kosten sparen und sich nur noch über unabhängige Medien informieren!

Kultur bekommt man in den Mainstream-Medien heute ohnehin kaum noch geboten. Stattdessen werden einem fast ausschließlich die Ausscheidungen der „*Unterhaltungsindustrie*“ zum Konsum vorgesetzt. Wo früher einmal Kultur war, herrscht heute systematische Volksverblödung, Kulturvernichtung und Verführung. Unkritische Verbraucher sind schließlich die besseren Konsumenten und desinformierte Arbeiter die besseren Sklaven. Die Aufgabe der Unterhaltungsindustrie besteht darin, die Menschen durch ihre Filme, Musik und Shows im Sinne von Materialismus, Konsum und unkritischem Denken zu manipulieren.

Die Gehirnwäsche der System-Medien ist so allgegenwärtig und so effektiv, dass man sie erst erkennen kann, nachdem man sich ihr einige Wochen lang konsequent entzogen hat. Sensible Menschen sollten sich auf diesen Schritt mental gut vorbereiten, denn das Leben außerhalb der Matrix ist ein vollkommen anderes. Unabhängige Informationen und echte Kultur findet man im Internet (außerhalb der Konzernseiten) und auf regionalen Veranstaltungen.

10.) Wahlboykott

Alle Politiker müssen sich den höheren Machtstrukturen unterordnen, von denen sie sich die Ressourcen erbetteln, die sie benötigen, um nach oben zu kommen. Hierbei handelt es sich neben der finanziellen Unterstützung vor allem um die gekaufte Meinungsmache. Die

Politikdarsteller, die nach oben kommen, sind weiter nichts als Marionetten. Sie nicken lediglich die Gesetze ab, die ihnen von Lobbyisten vorgelegt werden. Die meisten von ihnen sind so dumm und selbstherrlich, dass sie gar nicht bemerken, wie sie instrumentalisiert werden. Andere wiederum sind so gerissen und gierig, dass sie das Spielchen zwar durchschauen, sich jedoch niemals gegen ihre Gönner erheben würden. Im Parteiensystem kommt nur nach oben, wer die Spielregeln der Finanz- und Medienmacht aus Dummheit oder aus Gerissenheit befolgt. Daher ist es völlig sinnlos, sich überhaupt mit Wahlen und Politikern zu befassen. Man sollte nicht nur Wahlen boykottieren, sondern auch die gesamte Show drum herum. Wer gar nicht mehr hinsieht, schont seine Kräfte und muss sich nicht ständig darüber ärgern, dass keine Regierung jemals etwas ändert. Auf diese Weise entzieht man dem System die Energie.

Mit diesen Schritten, an denen sich jeder Einzelne ganz oder zumindest teilweise beteiligen kann, lässt sich das System effektiv und gewaltlos beseitigen und Platz für ein besseres schaffen.

Ausblick: Renaissance 2.0

Dank dem derzeit noch freien Internet verbreiten sich nun die Informationen, die das System zum Wanken bringen. Ein Steuer- und Systemboykott auf Basis von Netzwerken, die von Banken, Konzernen, Medien und Politikern unabhängig sind, funktioniert ohne Konfrontation mit diesen Mächteliten. Jeder Einzelne kann sofort damit beginnen. Die Geldhersteller und ihre Gehilfen können dann in ihrem System ohne Volk weitermachen, werden aber für ihr selbst erzeugtes Papier- und Giralgeld kaum noch Waren und Dienstleistungen bekommen. Der Staat, das sind die Menschen.

„In Zeiten universeller Täuschung ist das Aussprechen von Wahrheit ein revolutionärer Akt.“
(George Orwell)

Die Gesellschaft, die einst durch Aufklärung aus dem dunklen Mittelalter erwachte, befindet sich heute wieder unter einer neuen Dunstglocke, die dieses Mal von Banken, Konzernen, Medien und Politikern erzeugt wird, für ein Leben voller Materialismus, Lügen, Machtgier, Sklaverei, Konsum, Umweltzerstörung, Wachstumswahn, Krankheit, Kriege und Verbrechen.

Doch wir erleben derzeit den Beginn eines neuen Zeitalters der Aufklärung, ein neues Erwachen in ein Leben voller Idealismus, Freiheit, Frieden, Weisheit, Gesundheit, Nachhaltigkeit, Liebe, Freundschaft, Kultur und Moral – alles Dinge, die man für Geld nicht kaufen kann. – *„The Best Things in Life Are Free.“*

Alternativen

Abschließend stellt sich natürlich die Frage, wie die Menschen, die das bestehende System verlassen haben, ihre gesellschaftliche Ordnung von Beginn an neu gestalten.

Man könnte zum Beispiel die Demokratie einführen. Aber eine repräsentative Demokratie unter einer kapitalistischen Führung ist nicht die Lösung, sondern die Ursache der beschriebenen Zusammenhänge. Diese Staatsform ist nur eine besondere Art von Diktatur, und zwar eine besonders gefährliche, in der die Inhaber der Finanz- und Medienmacht die

Strippen im Hintergrund ziehen. Die Alternativlosigkeit der Politikdarsteller hat bewiesen: In einer geldgesteuerten Scheindemokratie steht das Finanzsystem über dem Recht. Dies ist de facto eine Plutokratie – eine Herrschaft der reichsten, mächtigsten und gierigsten Menschen, die man sich überhaupt nur vorstellen kann.

Wenn eine Demokratie funktionieren soll, dann muss von Anfang an jede Konzentration von Macht begrenzt werden, und zwar durch eine echte Republik, die tatsächlich eine öffentliche Angelegenheit ist, in der also auch das **Finanzsystem und die Medien einer öffentlichen Kontrolle** unterliegen. An die Stelle der *kapitalistischen* Demokratie, in der das Kapital die Beliebtheit von Politikern steuert, tritt eine *qualifizierte* Demokratie, in der ein geeignetes Verfahren dafür sorgt, dass nur die vernünftigsten, weitblickendsten und begabtesten Menschen zur Wahl antreten können. Solche Volksvertreter haben dann die Aufgabe und werden dazu in die Lage versetzt, die Freiheit aller Menschen zu schützen. Jegliche Macht wird dann begrenzt, vor allem die Finanz- und Medienmacht.

Die neue Administration muss von geringer Personenzahl, kompetent, weise, fleißig, unabhängig und von idealistischem Charakter sein. Sie muss vor allem auch bereit sein, für all ihr Tun und Lassen die volle persönliche Verantwortung zu tragen. Dass unsere derzeitigen Karrierepolitiker mangels charakterlicher und fachlicher Eignung dafür wohl kaum in Frage kommen, versteht sich von selbst. Solche Menschen werden dann keinesfalls mehr mitwirken. Aber das werden sie dann auch ohnehin nicht mehr wollen, denn eine weitere Voraussetzung ist, dass sich jeder Beteiligte zu einem spartanischen Leben verpflichtet und weiter nichts erhält als Unterkunft und Verpflegung für sich und seine Familie.

Volle persönliche Verantwortung, keine Privilegien und keine Bereicherung? Wer soll dann noch bereit sein, eine solche Aufgabe zu übernehmen? Die Antwort ist ganz klar: Nur die allerbesten!

Eine echte Republik kann es nur dann geben, wenn auch das Geldwesen vollständig dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Silvio Gesell schrieb bereits im Jahre 1920: *„Ich stelle die Forderung, – seit 30 Jahren tue ich das unermüdlich – dass die Reichsbank zur reinen Staatseinrichtung erhoben werde. Unbedingte Loslösung von der Börse, schärfste Trennung von allen verführerischen, privatwirtschaftlichen Belängen, – eine Notenanstalt soll sie sein, mehr nicht! Die Ausgabe von Banknoten soll nach scharf gezogenen Richtlinien erfolgen, die jede Willkür ausschließen, jedes Börsenwucherspiel im Keim ersticken, Krise, Krach, Geldstreik unmöglich machen. Die Leitung der Notenbank soll der öffentlichen Aufsicht dadurch zugänglich gemacht werden, dass die Einfachheit ihrer Grundsätze jedem durchsichtig wird.“*

Als ersten Schritt benötigt das Volk eine Verfassung, und die kann es sich sogar nach BRD-Recht durch einen selbst organisierten Volksentscheid selbst geben. Gemäß Grundgesetz Artikel 146 gilt: *„Dieses Grundgesetz [...] verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“* Die aktuellen Machthaber und ihre Marionetten in den Propagandaanstalten und Regierungen werden dazu nicht benötigt. Sie werden selbstverständlich aus der Organisation ausgeschlossen.

Dass die aktuellen Machthaber mit ihren ferngesteuerten Medien und Politikern ohnehin niemals bei etwas mitwirken werden, was im Interesse des Volkes ist, dürfte nun wohl jedem klar sein. Man würde also auch vergeblich darauf warten, dass die Gestaltung der neuen Verfassung über deren vorgespülte „*Öffentlichkeit*“ ausgerufen wird. Daher kommt als Medium hierfür nur das Internet in Frage, das die Möglichkeit bietet, einen Verfassungsentwurf öffentlich, ähnlich einem Open Source Projekt entstehen zu lassen, über den dann auch per Internet abgestimmt wird.

Der Widerstand der Machthaber wird vermutlich wie üblich ablaufen: Zuerst werden ihre Medien das Projekt komplett aus der veröffentlichten Diskussion heraushalten. Ab einem Umfang, der dies nicht mehr zulässt, werden sie es zunächst lächerlich machen und dann schließlich als linken oder rechten Extremismus diffamieren. Wie Mahatma Gandhi schon sagte: *„Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie dich aus, dann bekämpfen sie dich, dann gewinnst du.“*

Auch der sogenannte „*Verfassungsschutz*“ wird sich mit den Initiatoren befassen, obwohl solche Bestrebungen gemäß Grundgesetz Artikel 5, 20 und 146 ausdrücklich erlaubt und sogar absolut notwendig sind. Die zur Überwachung und zum Kampf gegen die Freiheit der Systemsklaven beauftragten Mitarbeiter der Unterdrückungsapparate sollten lieber gegen die wahren Verfassungsfeinde in den Geldfabriken, Propagandaanstalten und Parlamenten vorgehen, anstatt gegen diejenigen, die die Rechte und Pflichten des Grundgesetzes ernstnehmen. Wer als Staatsdiener und kleines Rädchen im Getriebe – wie schon oft in der Geschichte – *„nur den Anweisungen von oben Folge leistet“*, verstößt dabei gegen das eigene Grundgesetz und trägt dazu bei, dass auch er selbst und seine Nachkommen weiterhin in Sklaverei leben und den Planeten im Wachstumswahn zerstören müssen.

In der neuen Verfassung wird dann natürlich ein sozialökonomisches System verankert, das dem Volk dient, anstatt es zugunsten einer kleinen, übergeordneten Gruppe auszubeuten. Die Grundlagen eines solchen Systems wurden schon vor hundert Jahren von Silvio Gesell ausgearbeitet und seither in vielen neuen Lösungsvorschlägen weiterentwickelt. Nur leider werden diese Lehren von der linientreuen Volkswirtschaftslehre komplett verschwiegen. Es gibt bereits fertig entwickelte Gesellschaftsmodelle, die ohne Zinswucher und Wachstumswahn auskommen, sinnlose Arbeitsplätze überflüssig machen, dafür aber ein bedingungsloses Grundeinkommen bei gleichzeitiger Abschaffung von Steuern ermöglichen. Als Entwurf für eine solche tatsächliche Neuordnung kann zum Beispiel der [Plan B](#) der Wissensmanufaktur dienen.

Freiheit ist eine Frage des richtigen Geldsystems, das eine Konzentration von Macht entweder fördern oder verhindern kann. Ein zinsfreies Geldsystem, das der Allgemeinheit dient, ist die Voraussetzung für die nächsthöhere Entwicklungsstufe unserer Gesellschaft. Auf das Zeitalter des Kapitalismus könnte das Zeitalter des Humanismus folgen. Dieser wichtige Evolutionsschritt benötigt jedoch einen Auslöser, der außerhalb der bestehenden Systeme zu finden ist. Welche Methoden hierfür geeignet sind, sollte nun bekannt sein und verbreitet werden.

Ihr **Rico Albrecht**, Oktober 2011 (aktualisiert im September 2012)

Literaturempfehlungen

Ludwig von Mises: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel

Silvio Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung

Gottfried Feder: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes

Prof. Dr. Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation

Prof. Dr. Margrit Kennedy: Regionalwährungen

Prof. Bernd Senf: Der Nebel um das Geld

Prof. Bernd Senf: Tiefere Ursachen der Weltfinanzkrise

Günter Hannich: Börsenkrach und Weltwirtschaftskrise. Der Weg in den Dritten Weltkrieg.

Günter Hannich: Staatsbankrott - Wann kommt die nächste Währungsreform?

Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom

Stephen Zarlenga: Der Mythos vom Geld - die Geschichte der Macht

G. Edward Griffin: Die Kreatur von Jekyll Island – Die US-Notenbank Federal Reserve

Andreas Popp: Der Währungs-Countdown

Andreas Popp: Das Matrix Syndrom

Andreas Popp: Brot und Spiele

F. W. Engdahl: Full Spectrum Dominance: Totalitarian Democracy in the New World Order

Gustave Le Bon: Psychologie der Massen

Elias Erdmann: Methoden der Manipulation